Nr. 54 — Jahrgang 20 Einzelnummer 0,30 Zł. Sonnabend, den 10. November 1934

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0.15 Zł., Anzeigen unter Text 0.60 Zł., von ausserhalb 0.80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1.00 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11 Postscheckkonto P. K. O. Nr. 303732 Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 31378

Linkskurs in Frankreich?

Doumergues Diktaturpläne gescheitert. — Laval lehnt Regierungsbildung ab. — Flandin mit der Kabinettsbildung beauftragt

Der Burgfrieden und die nationale Regierung haben am Donnerstag mit dem Rücktritt der Regierung Doumergues zunächst ihren Abschluss gefunden. Die radikalsozialistischen Minister waren nicht zu bewegen, sich den Verfassungsplänen Doumergues anzuschliessen, der die Kammerauflösung dem Staatspräsidenten überlassen wollte und dem Senat dieses Recht entziehen. Ferner beabsichtigte Doumergue, die Budgetbewilligung auf eine andere Basis zu stellen und forderte von den Kabinettsmitgliedern und ihren Parteien, dass sie sofort in die Bewilligung eines Budgetzwölftels eintreten. Die Linksparteien haben die Radikalsozialisten vor diesen ausserordentlichen Vollmachten an das Kabinett gewarnt und als eine Verständigung mit Doumergue nicht zu erzielen war, erklärten die radikalsozialistischen Mitglieder ihren Rücktritt aus der Regierung. Doumergue hat nun Donnerstag Mittag dem Staatspräsidenten seine Demission überreicht, der sie annahm, nachdem Doumergue erklärte mit einer Minderheitsregierung nicht weiter die Politik Frankreichs führen zu wollen. Der Rücktritt wurde allgemein erwartet, weil inzwischen die Gegensätze im Kabinett bezüglich der Verfassungsreform unüberbrückbar wurden.

Der Staatspräsident hat noch am Nachmittag den Aussenminister Laval mit der Kabinettsbildung beauftragt, doch lehnte dieser ab, weil er glaubt, sich von den aussenpolitischen Geschäften nicht zurückziehen zu können. Hierauf wurde der Minister für öffentliche Arbeiten Flandin mit der Regierungsbildung beauftragt, der sich sofort mit parlamentarischen Politikern in Verbindung setzte. Man betrachtet die kommende Regierung nur als ein Uebergangskabinett, dem die Neuwahlen übertragen werden.

In sozialistischen Kreisen betrachtet man den Sturz Doumergues als einen ersten Erfolg des Kampfes gegen den Faschismus und fordert die Bildung einer Regierung der republikanischen Verteidigung. Flandin selbst gilt als ein Mann der Linken und gehört der Republikanischen Alliance an.

Schutz dem Saargebiet?

Je näher der Abstimmungstermin, der 13. Januar 1935, heranrückt, um so nervöser wird die Spannung zwischen Paris und Berlin. Wir wollen nicht untersuchen, auf welcher Seite die Hauptschuld liegt, aber eines muss mit besonderem Nachdruck unterstrichen werden, dass es keine „Saarfrage“ mehr gegeben hätte, wenn über das deutsche Volk nicht die „Segnungen des Dritten Reichs“ unter Führung Adolf Hitlers gekommen wären. Vor dem 30. Januar 1933 gab es keine Diskussion darüber, dass das Saargebiet ungeteilt und mit mindestens 95 Prozent Mehrheit, sich für die Rückgliederung an Deutschland erklären wird, und die Abstimmung wurde in allen Kreisen nur als eine Formalität empfunden, um eines Teils dem Friedensvertrage Rechnung zu tragen, andererseits Frankreich einen Denkzettel zu erteilen, dass es das deutsche Empfinden der Saarbevölkerung durch keinerlei Schikanen ändern kann. Die Saar ist deutsch und wird unbestritten auch dann deutsch bleiben, wenn sich die Bevölkerung selbst am 13. Januar dafür ausspricht unter dem Schutz des Völkerbundes zu bleiben, weil es nicht unter die Herrschaft der braunen Banden geraten will.

Unbestritten war bis zum Machtantritt Hitlers die Tatsache, dass ein Verbleiben der Saarbevölkerung unter dem Völkerbundsregime nicht in Frage kam, weil man zum Stammvolk, zur Berliner Regierung, zurück wollte. Erst die braune Kultur hat ein Drittes geschaffen, den „status quo“, d. h. den bestehenden Zustand, um nicht unter die braune Barbarei der Konzentrationslager, der Unterdrückung jeder persönlichen Freiheit, der „Kultur“ der Bücherverbrennung und, vor allem nicht in die Pleite hineinwollen, die das Hitlerregime in knapp zwei Jahren über Deutschland gebracht hat, nicht zuletzt die dauernde Hetze gegen Frankreich durch den Rundfunk und, was nicht ohne Wirkung auf die Saarbevölkerung geblieben ist, die Massenabschlachtung am 30. Juni gegen die früheren Getreuen des Nazismus und der misslungene Staatsstreich der Nazis in Wien. Alles das sind Dinge, die einen tiefen Wandel der Anschauungen innerhalb der Saarbevölkerung herbeigeführt haben. Der Kampf gegen Katholizismus im Dritten Reich, die Vernichtung des Marxismus als den Lebensinhalt des Nazismus, haben schliesslich den Rest gegeben, dass die Bevölkerung sich entschloss, neben der ersten Lösung der Rückgliederung zum Reich sich für den heutigen Zustand des Saarregimes zu entscheiden, unter dem Schutz der Völkerbundsregierung zu bleiben, bis Hitler als Machtfaktor in Deutschland beseitigt ist, um dann durch eine zweite Saarabstimmung die Rückkehr zu Deutschland herbeizuführen.

In dem Augenblick, wo die zweite Lösung, des „status quo“, als eine neue Möglichkeit, Hitler an der Saar los zu werden, entstand, setzte im Dritten Reich die Hetze ein, die nicht davor zurückschreckte, den Anhängern des „status quo“ mit Vergeltung zu drohen, ihnen ein ähnliches Schicksal zu prophezeien, wie es Katholiken, Sozialdemokraten und Kommunisten im Dritten Reich ergeht, man spielte mit Putsch und Handstreich, übte an der Saar den gleichen Terror aus, wie er im Dritten Reich an der Tagesordnung ist, die Justiz wurde ein würdiges Werkzeug der „Deutschen Front“, die den Nazismus in Reinkultur betreibt, und alles das führte noch zur besonderen Ausbildung der saarländischen Jugend in deutschen Arbeitslagern, die ja nichts anderes als militärische Vorbereitungen zum Waffengang gegen Frankreich oder Sowjetrussland sind, sodass die Saarregierung sich wiederholt ob dieser unzweifelhaften Putschvorbereitungen an den Völkerbund wandte und entsprechende Massnahmen gegen das Dritte Reich und seinen Ableger an der Saar, die „Deutsche Front“, forderte. Frankreich ist hierbei dem Völkerbund gegenüber Garant einer unbeeinflussten Abstimmung an der Saar. Und von diesem Rechte machte es als Antwort auf die deutsche Rundfunkhetze Gebrauch.

Seit einigen Tagen tobt man im Dritten Reich nach allen Regeln Göbbelsscher Propaganda, nachdem Frankreich und England und die Völkerbundsstaaten die diplomatische Mitteilung macht, dass es in Metz und Nancy zwei Armeekorps mit Motorfahrerabteilungen bereit halte, um auf Anruf der Völkerbundsregierung jeden eventuellen Putsch im Saargebiet im Keime zu ersticken, als eine Mobilisierung gegen die braunen Banden an der Saar angeordnet hat. Darüber hehe Entrüstung in Deutschland. Die Mobilisierung ist sehr einfach zu beseitigen, die Saar kann unbeeinflusst an Deutschland zurückkehren, wenn der Führer Hitler sich entschliesst, mit seinem Regime abzutreten. Erfolgt das nicht, so wird am 13. Januar sich das Saarvolk für den gegenwärtigen Zustand entscheiden und leider müssen französische Bajonette das bischen deutsche Freiheit an der Saar verteidigen. Nicht in Paris liegen die Ursachen der Hetze, sondern in Berlin, und wenn geputscht wird, so sind die Urheber dieses Putsches in Berlin zu suchen.

Sozialistischer Vormarsch in England!

Ein grandioser Sieg der Arbeiterpartei bei den Gemeindewahlen — Rote Mehrheiten um London. — 741 neue Mandate gewonnen. — Die Rückwirkung auf die Regierung.

Der sozialistische Vormarsch in England dauert an, was die Gemeindewahlen in der letzten Woche bewiesen haben und diese Woche noch weiterhin nachweisen werden. Die endgültigen Zahlen aus der ersten Wahlwoche haben der Arbeiterpartei einen Zuwachs von 770 Mandaten gebracht, während 29 Mandate verloren gingen, sodass der faktische Gewinn 741 Mandate beträgt. Die Arbeiterpartei hat nun von den, um London liegenden, 28 Gemeinderäten, 15 mit roter Mehrheit bedacht, während sie in weiteren 41 Gemeinderäten in der Provinz gleichfalls die sozialistische Mehrheit erobbern konnte. In 11 Londoner und 13 Provinzstädten errang die Arbeiterpartei erst in diesem Wahlkampf die rote Mehrheit, die früher von den Konservativen beherrscht wurden. In einer Reihe von wichtigen Städten, wo bisher der Einfluss der Arbeiterpartei ohne Bedeutung war, sind zahlreiche sozialistische Mandate erobert worden.

Die Konservativen gewannen 41 Mandate und verloren von ihrem bisherigen Besitzstand 635 an die Arbeiterpartei, wesentlich sind auch die Verluste der Liberalen und Unabhängigen, die sich nirgends gegenüber der Arbeiterpartei behaupten konnten. Auch die Kommunisten, die ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen die Arbeiterpartei sahen, sind ohne Mandate ausgegangen, ebenso die Unabhängige Arbeiterpartei, die es nirgends zu einer wesentlichen Stimmenzahl brachte.

Der Sieg der Arbeiterpartei, der jetzt noch durch weitere Erfolge bei den Wahlen in Schottland ergänzt wird, hat sowohl bei den Konservativen, als auch bei den Liberalen und nicht zuletzt bei der Macdonaldschen „nationalen Arbeiterpartei“ die grösste Bestürzung hervorgerufen, denn der Vormarsch kam selbst der Arbeiterpartei überraschend. Während die Macdonald, Baldwin und Sir Simon von der nationalen Regierung quaseln, wächst die sozialistische Flut, die diese Regierung hinwegschwemmen muss, um der Arbeiterregierung Platz zu machen.

Wir haben bereits in der letzten Nummer des „Volkswille“ auf den Vormarsch der Arbeiterpartei hingewiesen, und wie in England, wird die Bevölkerung auch in anderen Ländern zur Ueberzeugung reifen, dass nur der Sozialismus die Menschheit befreien kann. Zu den skandinavischen Ländern gesellt sich England, und der Faschismus wird früher oder später den Arbeiterregierungen Platz machen müssen. Man hat auch in England 1931 nach den Katastrophenwahlen zu voreilig dem Sozialismus das Totenglöcklein geläutet, heute steht er als Machtfaktor da, der sich anschickt, Englands Weltherrschaft zu übernehmen.

Sozialdemokraten gegen den Henlein=Faschismus

Massenaufmarsch der deutschen Sozialisten gegen die Sudetendeutsche Heimatsfront.

Die „Sudetendeutsche Heimatsfront“ des Nazinarren Henlein, als Ableger der Methoden des Dritten Reichs in der Tschechoslowakei, hat sich als die einzige Hüterin deutscher Kultur aufgeschwungen und jeder anderen deutschen Bewegung das Recht abgesprochen, deutsche Interessen wahrzunehmen. Nunmehr hat die deutsche Sozialdemokratie in mächtigen Gegenkundgebungen auf diese Provokationen geantwortet und in Massenversammlungen in Karlsbad, Bodenbach, Komotau, Teplitz-Schönau, Jägerndorf, Mährisch-Schönau, ihre Ansicht kundgetan, an denen über 150.000 Teilnehmer zu verzeichnen waren. In den Kundgebungen wurden Treugelöbnisse an den Staatspräsidenten Masaryk abgesandt, die sich für Demokratie und Republik aussprachen, ausserdem von dem bewährten Führer und Arbeitsminister Dr. Czech Kundgebungen gegen den Faschismus verlesen. Die Kundgebungen gestalteten sich zu einer Massenabsage an den Henlein-Faschismus und die Methoden des Dritten Reichs und bewiesen einwandfrei, dass die deutsche Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei sich nicht vom Hitlerismus umnebeln lässt. Der Aufmarsch vollzog sich überall in bester Ordnung, zahlreiche deutsche Kommunisten nahmen an den Massenkundgebungen der 150.000 teil.

West-Ost oder Süd-Ost?

Wo liegen die gefährlichen Spannungen?

Paris, Anfang November 1934.

Reinen Tisch im europäischen Südosten machen: Dieses Ziel steht heute im Vordergrunde der französischen Aussenpolitik. Für Quai d'Orsay ist gegenwärtig die Verständigung mit Italien das aktuellste Bedürfnis. Darüber hat Laval mit dem französischen Botschafter in Rom ausführlich konferiert, es geht dabei bereits um ein fest umrissenes Programm und ganz bestimmte sachliche Kompensationsobjekte. Für die grosse europäische Politik ist der Südosten gewiss ein Nebentheater, ihre entscheidenden zentralen Gegensätze liegen nicht an der Donau, es sind die deutsch-französischen und die deutsch-russischen Gegensätze. Die Achse der grossen europäischen Spannungsfelder liegt in der Linie Paris—Berlin—Moskau in der Richtung West-Ost. Aber der Wirrwarr im Südosten hindert die Vorbereitung der grossen kontinental-europäischen Entscheidungen. Solange zwischen Bukarest und Insbruck, zwischen München und Saloniki die Verhältnisse unübersichtlich sind, der Kampf aller gegen alle tobt, ist die Regelung der Sicherheitsfragen in West- und Osteuropa unmöglich. Wie 1914 kann der Funke aus dem Süd-Osten ganz Europa zur Explosion bringen. Für das Hitlerdeutschland ist der Süd-Osten eine Gefahrenzone, weil der deutsche Faschismus hier auf den italienischen Faschismus stösst. Aber das „dritte Reich" sieht im Süd-Osten auch seine grosse Chance, hier treibt es seine gewagtesten Kombinationen, hier sucht es krampfhaft nach neuen Verbündeten, hier will es alle Fronten auflockern. Hier wird der tolle Versuch unternommen, den Erbfeind Jugoslawien gegen den faschistischen Verbündeten Italien auszuspielen.

Frankreich will dieser Unsicherheit im Südosten ein Ende bereiten. Laval will jenen, neben der Russlands-Politik wichtigsten Teil des aussenpolitischen Testaments von Barthou realisieren, der **die Ausschaltung des „dritten Reiches" aus dem europäischen Süd-Osten vorsieht.** Die Mittel dazu sind die französisch-italienische Verständigung und die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Italien und der Kleinen Entente im Donau-Becken. Erst nach der Lösung dieser Aufgabe wird die Gewähr geschaffen werden, dass die Explosion im Süd-Osten die Sicherheitspolitik in der Richtung West-Ost nicht durchkreuzt.

Frankreich ist bereit, Italien dafür Kompensationen zu geben, aber es stellt auch seine Bedingungen. Die wichtigste unter ihnen ist, dass **Italien jede Unterstützung des ungarischen Revisionismus einzustellen hat**, dass der Faden zwischen Rom und Budapest zerschnitten werden soll. Italien wird vor die Wahl gestellt, Ungarn oder für die Kleine Entente zu optieren, die Wahl für Ungarn wird einer Entscheidung gegen Frankreich und gegen die Kleine Entente gleichgestellt. Solange Italien Ungarn unterstützt, bleibt die Kleine Entente bedroht, fungiert Budapest als eine Brücke zwischen Rom und Berlin. Rom mit Budapest kann in das neue System des Gleichgewichts im Süd-Osten nicht einbezogen werden. Mit anderen Worten: die Stabilisierung der Verhältnisse in Süd-Osten kann unter Beteiligung Italiens nur durch die Spaltung des faschistisch-revisionistischen Staatenblocks erfolgen. Nur Rom allein kann sein Nutzniesser werden, Berlin und Budapest sollen ausgeschaltet werden, die aussenpolitische Stabilisierung der gesamteuropäischen Gegenrevolution wird dadurch unmöglich. Budapest ist bisher der entscheidende Stützpunkt Italiens im Süd-Osten gewesen. Der von Frankreich verlangte Bruch mit Budapest würde also eine radikale Umkehr in der Aussenpolitik Mussolinis zur Folge haben müssen.

Kann Mussolini diesen Bruch vollziehen? Er kann ihn wohl **versprechen.** Aber **ausführen** — und auf die Dauer? Das System der festen Bündnisse oder auch nur auf die Dauer gefassten Regelungen widerspricht dem aussenpolitischen Grundsatz des italienischen Faschismus. Hier gilt das Wort, das Mussolini jeden aussenpolitischen Kontrahenten **gleichzeitig** als den Feind und den Freund betrachtet. Die Proportion der gleichzeitigen Feind-und-Freund-Behandlung kann geändert werden, nicht das System. Hier gibt es keine endgültigen Brüche und keine festen Verbündeten. Das bedeutet noch nicht, dass Mussolini letzten Endes die Politik von 1915 nicht wiederholt. Aber erst nach unzähligen Schwankungen und Zweideutigkeiten. So wird die französische Aussenpolitik, auch bei den allergrössten Anstrengungen, kaum imstande sein, im Südosten eine bleibende Stabilisierung der Verhältnisse zu erwirken. **Die grossen kontinentaleuropäischen Sicherheitsfragen in der Richtung West-Ost werden kaum vom Süd-Osten her entlastet werden können.** In Mazedonien und in Oesterreich, in der Slowakei und in Dalmatien, in Siebenbürgen und in Kroatien bleiben Sprengstoffe bestehen, die am Moscital und an der Memel furchtbare Detonationen erzeugen können.

SA. macht „Wahlen" in Danzig

Zahlreiche Ueberfälle auf Sozialdemokraten. — Flugblätter werden von SA. beschlagnahmt. — Ueberall blutige Ausschreitungen.

Die Wahlvorbereitungen zu den Teilwahlen in Danzig stehen unter dem schärfsten Terror der nationalsozialistischen SA, die ja ganz offen zugibt, dass sie die Wahlen auf dem Lande macht. Der erste Sonntag, der die Wahlagitation in Szene setzte, bot eine Reihe von Ueberraschungen, die deutlich beweisen, dass man den Gegnern jede Möglichkeit nehmen will, die Bevölkerung aufzuklären. So wurden sozialistische Wahlkolonnen überfallen, die Flugblätter beschlagnahmt und zahlreiche Abgeordnete des Volkstags blutig geschlagen. Keine der Wahlkolonnen kam ohne Verletzte nach Danzig zurück, die Autos wurden mit Steinen beworfen und zum Teil auch mit SA-Dolchen die Autoreifen durchschnitten. Es waren regelrechte Ueberfälle vorbereitet, sodass man sagen kann, dass die SA jede Wahltätigkeit ihrer Gegner verhindert. Die Polizei sieht in den Fällen dem Treiben der SA untätig zu, gewährt den Ueberfallenen keine Hilfe, obwohl in wiederholten Fällen ärztliche Hilfe für die Verletzten in Anspruch genommen werden musste. Man hat den Eindruck dass die Ueberfälle systematisch vorbereitet sind, die Polizei dem braunen Banditentum Schutz gewährt. Unter solchen Umständen kann von einer Wahlfreiheit für die Gegner des Nazismus nicht gesprochen werden.

In Nickelswalde wurde in die Wohnung des deutschnationalen Führers Gamm geschossen und Gamm, der im Bette lag, erhielt einen Streifschuss. Es sei betont, dass man vorher die Wohnung mit Blendlaternen ableuchtete und die Schüsse direkt auf das Bett gezielt waren. Mit diesen Mitteln hoffen die Nazis in Danzig, die Mehrheit für Forster zu erlangen, da se einsehen, dass sich weite Bevölkerungsteile von ihnen mit Abscheu abwenden. Es bleibt abzuwarten, was der Völkerbundkommissar dem Senat zu dieser Wahlfreiheit zu sagen haben wird. (Ueber die Herrschaft in Danzig, siehe unseren Artikel an anderer Stelle).

*

Die „Danziger Volksstimme", das sozialistische Organ der SPD. wurde wegen der Berichterstattung über die Vorgänge am letzten Wahlsonntag für 3 Tage verboten. Damit glauben die neuen Machthaber in Danzig die Wahrheit über den Terror im Freistadt unterdrücken zu können.

Genosse Prieto gegen Lerroux

Keine Aussichten für die Monarchie in Spanien.

Der Führer der spanischen Sozialisten, Prieto, dem es gelungen ist, aus Spanien zu entkommen, ist in Paris eingetroffen. Prieto erklärte dem Vertreter der Havas-Agentur, dass die Niederwerfung der revolutionären Bewegung die Kräfte der Sozialisten nicht verringert hätte. Die Sozialisten bleiben auch weiterhin die am besten organisierte Partei in Spanien.

Dem Vertreter des „Petit Journal" sagte Prieto, dass in Spanien jetzt nur eine oberflächliche Ruhe herrsche. Die Mehrheit der spanischen Bevölkerung bestehe auch weiterhin aus Republikanern. „Wir erleben", so erklärte Prieto weiter, „zurzeit in Spanien eine paradoxe Lage; eine pseudo-republikanische Regierung verhält sich feindlicher zum Volk als eine monarchistische Regierung". Der Zusammenbruch des Widerstandes gegen die Rechtsregierung sei dadurch zu erklären, dass die Massen besonders auf dem Lande nicht vorbereitet waren, und dass die Syndikalisten sich an dem Aufstande nicht beteiligten. Trotz des Sieges der Regierung wäre es ein Irrtum, zu glauben, dass die Rückkehr der Monarchie irgendwelche Chancen auf Erfolg habe. Die Monarchie sei für immer begraben. Wichtiger als die monarchistische Gefahr sei vielmehr die reaktionäre Politik der Regierung Lerroux, die eine schwere Belastung für die Bevölkerung wäre.

Regierung und Opposition vor dem Sejm

Finanzminister Zawadzki über die günstige Entwicklung Polens. — Angriff der Opposition. — Keine Aenderung in der Minderheitspolitik. — Vertagung des Sejms auf 30 Tage.

Der Dienstag war ein grosser Tag im Warschauer Sejm. Die Regierung liess durch den Finanzminister die Wirtschaftslage in einer überaus günstigen Weise schildern, der die Ansicht vertritt, dass wir den Ausgleich des Budgets durch neue Einnahmequellen decken werden. Die Massnahmen der Regierung haben sich durchaus vorteilhaft entwickelt, die valutarischen Verhältnisse wären gesichert und der Goldvorrat der Bank Polski sei auch im letzten Jahre gestiegen. Wenn auch einige Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur zu überwinden seien, so schreiten wir ständig zur Gesundung der Gesamtlage aufwärts, sodass zu keinerlei Befürchtungen Anlass vorliege.

Die Opposition ist gegenteiliger Ansicht, und Prof. Rybarski von den Nationaldemokraten schildert die Wirtschaftslage in einer überaus pessimistischen Weise, nur noch zwei Staaten ständen schlechter in dieser Hinsicht, als Polen. Er setzte sich mit den Isolierungslagern auseinander und hält diesen Zustand für unerträglich. Seitens der PPS verweist Abg. Gen. Żuławski auf die ausserordentliche Not der Arbeiterschaft und greift verschiedene Massnahmen der Regierung an, unter anderem behauptet Gen. Żuławski, dass der Kommissar für die Nationalanleihe sich für diese Funktion nicht weniger, als 100.000 Zloty, hat zahlen lassen. Seitens der Regierung wird diese Behauptung bestritten. Auf die Aussenpolitik übergehend, wendet sich Gen. Żuławski gegen die deutsch-polnische Freundschaft und verweist auf die Abkühlung, die inzwischen in Paris und Prag gegenüber Warschau eingetreten ist. Seitens der Christlichen Demokraten unterzog Abg. Tempka die Regierungserklärung einer heftigen Kritik. Der Ukrainer, Dr. Lewitzki, beklagt sich über die Behandlung der Minderheiten, während Abg. Franz seine Genugtuung über die deutsch-polnischen Beziehungen zum Ausdruck bringt, und die Besserung der Wirtschaftslage begrüsst. Nachdem noch eine Anzahl Redner der Opposition sprachen, antwortete ihnen der frühere Minister Miedziński, der den Standpunkt der Regierung unterstreicht.

In späten Abendstunden ist das Budget der Haushaltungskommission überwiesen worden. Durch Dekret des Staatspräsidenten ist der Sejm und Senat auf 30 Tage vertagt worden.

Streit um den Wahlausgang in Radom

In Radom haben am letzten Sonntag Wahlen zur Stadtrada stattgefunden, wo die sozialistische Mehrheit auf Wunsch der Sanacja beseitigt werden sollte. Die Sozialisten erhielten trotz aller Machinationen 24 Sitze, verloren zwei und zwar je einen an die Sanatoren und einen an die Endecja. Die Sanatoren selbst erhielten 13 Sitze, während die Zionisten 8 Mandate und die Endecja 2 Mandate, ein Mandat der Bund, erhielten. So hat die sozialistische Richtung mit einer Stimme doch noch die Mehrheit, während die Sanatoren voller Freude sind, dass es ihnen gelang, der PPS zwei Mandate abzujagen und den Endeken, ihren Todfeinden, zuzuschanzen. Ob des „Sieges" erhebt das Regierungslager einen Streit, ob die Endecja oder die PPS geschlagen ist, ihre eigene Niederlage scheint sie nicht zu merken.

Roosevelts Wahlsieg

Nach bisher vorliegenden Wahlergebnissen haben die Demokraten sowohl zum Repräsentantenhaus, als auch zum Senat, einen überwältigenden Sieg davongetragen. Roosevelt hat die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Senat erreicht und im Repräsentantenhaus ist das Verhältnis 3:1, sodass Amerikas Präsident in beiden Häusern freie Hand für seine Politik hat und auch aussenpolitisch völlig unabhängig ist.

Wie aus Kalifornien berichtet wird, ist dort der bekannte Schriftsteller Upton Sinclair, der als Gouverneurkandidat aufgestellt war, durchgefallen. Sinclair ist aus der sozialistischen Partei ausgetreten, um Roosevelt zu unterstützen, hat aber bei der Bourgeosie wenig Glück gehabt. Er geht den Weg aller Renegaten: ins Nichts!

Der Marxismus lebt

1000 Mark Prämie auf ein Buch.

Am Freitag, den 19. Oktober, hat im Auftrag des Polizei-Generals Daluege die Geheime Staatspolizei Berlin durch Rundfunk alle Polizeistationen und Polizeibeamten zu einem verschärften Vorgehen gegen die illegale marxistische Literatur verpflichtet. Die Geheime Staatspolizei wies darauf hin, dass sich in letzter Zeit die Verteilung von illegaler Literatur besonders in Frankfurt a. M., Leipzig und vor allem Berlin häufe. Eine Reihe von illegalen Zeitungen wurde namentlich genannt, nach denen besonders zu fahnden sei. Am Schluss wurden den Polizeistellen die Titel von mehreren in letzter Zeit erschienen neuen **„Hetzbüchern"** genannt und besonders auf das Buch **„Hitler treibt zum Krieg"** hingewiesen. Die Geheime Staatspolizei erklärte, dass die Verbreitung dieses Buches in Deutschland um jeden Preis zu verhindern sei. Die Polizeipräsidenten seien befugt, **Belohnungen bis zu 1000 Mark für diejenigen auszusetzen, die den Besitzer, Verleiher oder Vertreiber eines solchen Buches nachweisen.** Besonders in der letzten Zeit sollen überraschende Untersuchungsaktionen auf den Bahnhöfen, gegenüber Reisenden in den Zügen und Besuchern gewisser Cafes und Wirtschaften, in denen „allgemeines Publikum" verkehrt, durchgeführt werden.

Neue Kämpfe in der Mandschurei

Aus sowjetistischen Quellen erfährt man, dass die Aufstandsbewegung in der Mandschurei ständig wächst. Die Zahl der Aufständischen soll 100.000 erreichen. In der Provinz Jehol ist eine mongolische Abteilung von 15.000 Aufständischen tätig. In der Provinz Kern befindet sich eine revolutionäre koreanische Armee von 5.000 Mann. In der mandschurischen Armee sind umfangreiche Meutereien festzustellen. In vielen Fällen haben sich Truppen mit den Aufständischen vereinigt. In der Provinz Mukden sind beispielsweise 2000 Soldaten zu den Revolutionären übergegangen. Das japanische Militär benützt gegen die Aufständischen Aeroplane und schwere Artillerie. In Jehol wurde die Stadt der Provinzialregierung von den Aufständischen erobert. Zwei japanische Emissäre und zwei Offiziere wurden in Haft genommen.

Polnisch-Schlesien

„Bolschewiken“ oder Gauner?

Wir Marxisten haben uns mit der Zeit daran gewöhnt, dass Narren sich anmassen, eine verbesserte Art des nationalen Sozialismus zu erfinden, um bei den Massen für diese Idee zu werben. Zu denen, die in ihrer Agitation für den Sozialismus werben, gehört auch die Jungdeutsche Partei, die, ursprünglich „nationalsozialistisch“, diesen nationalen Sozialismus erst abschwor, nachdem im Dritten Reich eine Konkurrenz durch Hitler entstanden war und man nicht mit ganzem Herzen dem neuen Führer zustimmen wollte und einen eigenen Landesführer in Taschenformat, in der Person des Bielitzers Wiesner, auf Lager hatte. Grosses ist in der Phrase geleistet worden, und man träumt in diesem Lager, dass Volkstum und Deutschheit erst eigentlich mit dem „Aufbruch“ in die deutsche Minderheit Polens Einzug gehalten haben. Aber mit Volksgemeinschaft und Volkstum kann man auf die Dauer keinen Hund aus der Hütte locken und nun bequemen sich die Herrschaften, auch in Sozialismus zu machen.

Schliesslich kann es doch, merken die Wiesner Jünger, mit dem Sozialismus nicht so schlimm sein, wenn ihn neben Hitler auch ein Ulitz und Krull zur eigenen politischen Dekoration erheben. Ulitz, der stramme Demokrat, Krull der Beherrscher untrüglicher Deutschheit, wussten, warum sie „Sozialisten“ Hitlerschen Prägung wurden, denn es lohnte schon um der Futterkrippen wegen und Wiesners Bestreben geht nicht weiter, als eben an die Futterkrippen zu gelangen und sei es auch nur, Vicebürgermeister in Bielitz zu werden, dann wäre er sogar für die deutsche Wahlgemeinschaft zu den Bielitzer Wahlen zu haben. Kann er den Vicebürgermeister nicht für sich retten, so zerschlägt er wenigstens die deutsche Front und auch das soll nach Meinung des Landesführers eine „rettende Tat“ sein, die nur die anderen nicht anerkennen wollen.

Aber das nur nebenbei. Wir wissen, dass die „Fortschritte der Jungdeutschen“ ein eigenes Tagesorgan erfordern, und man sich endlich dazu aufschwang, ein solches Blätlein zu schaffen. Es liegen vor uns einige Exemplare dieser Tageszeitung und wenn wir auch auf die Erstgeburt nicht mit aller Boshaftigkeit hinweisen wollen, so müssen wir doch sagen, um diese deutsche Kultur ist es wirklich schade, die in dieser „deutschen Tageszeitung“ für „Volkstum und Sozialismus“ Ausdruck findet. Denn ohne Uebertreibung ist es eine Kulturschande, dass das Pressegesetz solche Druckerzeugnisse erlaubt, ein Kulturjammer um das deutsche Volkstum, welches in diesem Blättlein vertreten wird. Dass der Druckfehlerteufel dort die Attake reitet, ist ein weiteres Unglück für diese Missgeburt deutschen Volkstums, welche die Minderheit Polens retten soll. Aber wer die Geister um Wiesner kennt, der wird nicht überrascht sein, dass zu diesem Unfug deutscher Kultur Wiesner-Prägung, auch noch Missbrauch mit dem Wort Sozialismus betrieben wird. Vielleicht meint Wiesner, dass Sozialismus deutscher Art damit erreicht wird, wenn er die Futterkrippen des Volksbundes „erobert“ oder wenigstens vorübergehend Vicebürgermeister von Bielitz wird. Was aber dann der Sozialismus mit seinen Anhängern zu tun hat, das ist eine Preisfrage, die das ganze Volkstum nicht beantworten kann.

Wenn Wiesner und seine Jungdeutschen den Sozialismus wollen, so müssen sie schon etwas Bolschewiken werden, wollen sie ein Narrenspiel aufführen, was man so „Nationalsozialismus“ nennt, so sind sie nichts anderes, als ein paar Gauner, die mit dem Sozialismus ein trauriges Gewerbe zur Erhaltung des Daseins betreiben. Nun, Wiesner und die Jungdeutschen kommen ein halbes Jahrhundert in unserer Wojewodschaft zu spät, um den Sozialismus zu predigen und, wie wir Marxisten uns auch die Ulitz und Krull vom Halse halten werden, werden wir uns auch die Gauner um den Sozialismus vom Leibe halten, den die Wiesner und Konsorten als rettende Tat des Deutschtums predigen.

Keine Verständigung zwischen Autobus- und Kleinbahngesellschaft

Die Verschmelzung der Schlesischen Autobuslinie mit der Kleinbahngesellschaft ist in letzter Stunde auf grössere Schwierigkeiten gestossen, sodass die Verhandlungen als unterbrochen gelten. Wie aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, erscheint es wenig wahrscheinlich, dass die Verhandlungen wieder in Fluss kommen. Man wird versuchen, wenigstens dahin eine Teilverständigung zu erzielen, dass die gegenseitige Konkurrenz auf eine annehmbare Form gebracht wird.

Der ZZZ. auf dem Kriegspfade?

Ein Massenaufmarsch gegen die Regierungsmassnahmen? — Die Botschaft des Wojewoden. — Der Ruf nach der Arbeitsfront. Scheinsozialistische Phrasen.

Der „Verband der Gewerkschaftsverbände“, kurz Z. Z. Z. benannt und im Volksmund besser unter dem Namen Federacja Pracy bekannt, hatte für vergangenen Sonntag seine Getreuen nach Kattowitz in die Ausstellungshallen zu einer Massendemonstration aufgerufen, die in jeder Beziehung als gelungen zu bezeichnen war. Wir schätzten etwa 12 bis 15.000 Teilnehmer mit mehreren Musikkapellen, die Leitung des ZZZ gibt die Teilnehmer mit 25.000 an. Nun, die Zahl der Teilnehmer mag an sich nebensächlich erscheinen, so ist es nicht mehr die Art, wie sie zustande kam. Man wandte das, im Dritten Reich beliebte, Mittel an, indem jedes Mitglied die Aufforderung zur Teilnahme an der Demonstration erhielt und sie ausgefüllt abgeben musste. Es scheint also, dass es der Leitung der ZZZ wohl bekannt ist, dass sie Zwangsmitgliedschaften hat. Und wer so einige „Belegschaften“ studieren konnte, auf den einzelnen Werken Bescheid weiss, der fand auch alte bekannte Gesichter wieder, die wir zu den Kommunisten, ja, sogar zu deutschen Patentpatrioten gezählt haben. Es ändert sich die Zeit, aber alte Ruinen streben zu neuen Phrasen, wie sie denn der ZZZ seiner Mitgliedschaft reichlich bot.

Die Massendemonstrationen wurden protektiert, unter Leitung der Exsozialisten Moraczewski, der aus der PPS. ausgeschlossen wurde, als er durchaus Minister zu bleiben vermeinte, allerdings von den Arbeitermassen der PPS. hochgetragen wurde und auch schon Ministerpräsident bei der Ausrufung der Unabhängigkeit Polens war. Er gründete die „Frakcja Revolucyjna“, mit der er aber wenig Glück hatte und heute versucht er sich mit der Schaffung einer einheitlichen Arbeitsfront nach deutschem Muster, wo die Mitglieder zu gehorchen und sonst das Maul zu halten haben. Es ist ja bekannt, dass jeder, der Polen einmal retten will, in Oberschlesien seine Zelte aufschlägt, denn hier ist noch immer am meisten zu holen. Man kann nicht sagen, dass die ZZZ-Leute müssig sind. Sie verstehen ihr Handwerk und die Gunst der Verhältnisse ist ihnen besonders genehm, sie erfreuen sich an massgebenden Instanzen eines Wohlwollens, sodass selbst frühere Kommunisten in gewerkschaftlichen Fragen der Meinung sind, wenn man das Organisationsbuch wechseln muss, so geht man eben zur Federacja Pracy, denn dort ist man in dieser Zeit am besten aufgehoben.

An der Massenkundgebung in den Ausstellungshallen sollte auch der Wojewode eine Ansprache halten, erkrankte aber und entsandte dafür den Starosten Seidler, der dort die Willkommensgrüsse den Teilnehmern entbot und auch ein Schreiben des Wojewoden verlas, welches im herzlichen Tone zu Moraczewskis Bewegung gehalten war. Eine Reihe von Resolutionen wurde angenommen, die jeder Arbeiter unterstreichen kann, und wenn es der ZZZ gelingt, auch nur einen Teil seiner Wünsche zu erfüllen, so ist er die einzige Gewerkschaft, der man sich rückhaltlos anschliessen kann. Nur scheinen die Matadoren dieser Massenkundgebung kaum gemerkt haben, dass sich ihre Resolutionen gegen die Massnahmen der heutigen Regierung wenden, die ja die Sozialgesetzgebung zugunsten der Arbeiterschaft „reformiert“, Stillegungen von Betrieben zulässt und

manches gute Gesetz eben als Gesetz auf dem Papier ruhen lässt. Hoffentlich hört nun die Regierung den Marschtritt der 25.000 Belegschaftsmitglieder in der Wojewodschaft Schlesien und bringt einen Gesetzentwurf ein, der die Verstaatlichung aller Industriezweige durchführt, die Sozialgesetzgebung auf den früheren Stand setzt, die durch bestätigte Schiedssprüche herabgesetzten Löhne auf den alten Stand zurückführt und wir können versichern, dass in Oberschlesien mit einem Schlag jede kommunistische Bewegung vernichtet ist und alle sogenannten Staatsfeinde offen ins Regierungslager übergehen. Aber, Freunde, die Botschaft der Sanacjagewerkschaften hört ihr wohl, ihr braucht nie daran zu glauben, dass die Träume des ZZZ je in Erfüllung gehen werden, solange man ein kapitalistisches Wirtschaftssystem hat und dieses im Dienste des internationalen Finanz- und Monopolkapitalismus aufrecht erhalten werden muss.

Die Massendemonstration der angeblichen 25.000, sollte ganz den Eindruck sozialistischer Vergangenheit der Führer nachweisen. Ordner mit roten Binden, rote Transparente mit früher sozialistischer Forderungen, rote Fahnen mit patriotischem Einschlag. Eine gelungene Manifestation, die besonderen Zwecken gewidmet ist, deren Ziel sich wohl erst später offenbaren wird. Aber wir betonen, wenn es den Veranstaltern dieser Massendemonstration mit ihren Forderungen ernst ist, so war es eine Kundgebung gegen das heutige Regierungssystem, wenigstens gegen Teile desselben, die den heutigen Zustand aufrecht erhalten wollen. Man kann ja den Demonstranten viel Resolutionen vorlegen, was davon erfüllt wird, ist ja eine andere Frage. Aber Kennern der Verhältnisse ist es nicht bekannt, dass alle diese Arbeiterforderungen erfüllt werden könnten, wenn sich die Veranstalter direkt an die Systemträger wenden würden, die ja als Regierung der starken Hand mit einer Mehrheit im Sejm jedes Gesetz durchbringen kann, um jenes Wunschpolen zu schaffen, welches ein Hort der freien, unabhängigen Arbeiterschaft sein kann. Aber solange sich die Phraseure des ZZZ mit scheinsozialistischen Wünschen begnügen und der heutige Kurs in Polen fortgesetzt wird, werden alle Teufel eher in Himmel einziehen, ehe in Polen die Verstaatlichung aller Betriebe erfolgt u. der Arbeiter Herr der der Maschine wird. Die Massen aber, die da demonstrierten, werden eines schönen Tages zur Erkenntnis kommen und aus den scheinsozialistischen Phrasen Wirklichkeiten schaffen und zwar über die Köpfe der ZZZ-Leute hinaus, auch gegen ihren Willen. Gut ist es aber, wenn aus dem Sanacjalager selbst den Arbeitern gesagt wird, dass es, wie es ist, auf die Dauer nicht sein kann. Das ist schon ein Stück Erkenntnis und doppelt wert, wenn es jene „Führung“ ausspricht, die dem Regierungslager am Nächsten steht!

200 Mil. Sozialversicherungsgebühren von den Unternehmern einbehalten

Sie verlangen jetzt Streichung der den Arbeitern gehörenden Summen.

Die Summe der von den Unternehmern nicht eingezahlten Sozialversicherungsgebühren sind bis zum Augenblick auf 200 Millionen Złoty angewachsen. Die Unternehmer weigern sich, diese Rückstände zu begleichen, indem sie darauf hinweisen, dass wenn sie diese Summen einzahlen müssten, dies den Bankrott ihres Unternehmens bedeuten würde. Der Verband der Industrie- und Handelskammern hat der Regierung ein Memorial zugesandt, in welchem um die Streichung der rückständigen Sozialversicherungsgebühren nachgesucht wird. Dabei ist in Betracht zu ziehen, dass in diese Summe auch der den Arbeitern von den Unternehmern abgezogene Teil der Gebühren enthalten ist, so dass also die Unternehmer nicht nur den auf sie entfallenden Teil nicht bezahlen wollen, sondern überdies den den Arbeitern gehörigen Teil für sich behalten wollen.

Es gehört wirklich schon eine gehörige Portion Frechheit dazu, um zu verlangen, dass fremde Gelder, die man sich rechtswidrig angeeignet hat, nicht abgegeben werden sollen.

Was hat die Nationalanleihe gekostet?

Im Warschauer Sejms ist eine sehr intressierende Interpellation eingelaufen, die an die Regierung die Frage richtet, was die Propaganda und die Ausgaben für die Nationalanleihe gekostet haben. In dieser Interpellation wird gegen eine Reihe von Beamten der Vorwurf erhoben, dass sie mehr als Vergütigung bei den Arbeitern zur Nationalanleihe erhalten haben, als sie selbst Anleiheanteile zeichneten. Die Oeffentlichkeit intressieren die Gründe, warum das Finanzministerium an bestimmte Personen ausserordentlich hohe Vergütigungen zahlte. Bekanntlich hat der sozialistische Abgeordnete Zulawski bereits in seiner Etatsrede darauf hingewiesen, dass der Kommissar für die Anleihe nicht weniger als 100 000 Złoty Entschädigung erhalten haben soll, was von Regierungsseite entschieden bestritten wird. Man muss abwarten, welche Antwort die Regierung auf diese überaus schweren Vorwürfe erteilen wird, dass es kaum glaubhaft erscheint, dass mit dem Ertrag der Nationalanleihe so leichtsinnig verfahren werden sollte.

Scharfes Vorgehen gegen Arbeitgeber

Wie die „Polska Zachodnia“ mitteilt, sollen die Behörden vom 1. September bis 1. Oktober nicht weniger, als 401 Arbeitgeber wegen verschiedener Vergehen bestraft haben. Teils wegen Rückhaltung der Löhne, teils wegen selbständiger Lohnherabsetzung, andererseits wegen nichtabgeführter Sozialversicherungen, die den Arbeitern als Beiträge bereits abgezogen worden sind. Es sollen Strafen von 100 bis 240 Złoty gegen 7 Personen, von 100 bis 1500 gegen 28 Personen und weitere Strafen bis zu 3 000 Złoty gegen Arbeitgeber ausgesprochen worden sein. Ob damit die Arbeiterfreundlichkeit des heutigen Kurses erwiesen werden soll, ist nicht recht ersichtlich, aber wichtiger wäre es, die Namen der Arbeitgeber zu kennen, um die Arbeiter vor ihnen zu schützen.

Auf zur Gedenkstunde am 9. November!

DSAP., Arbeiterwohlfahrt, SAJ und die Kulturvereine veranstalten, anlässlich des 9. Novembers, abends 7½ Uhr, im Saale des Centralhotels, eine Kundgebung unter dem Motto:

„Proletarischer Freiheitskampf“

Vollzähliges Erscheinen aller Genossinnen, Genossen u. Gesinnungsfreunde ist Pflicht!

Das Ende eines patriotischen Betriebsrats

Wir haben uns mit dem Betriebsrat Theodor Polnik aus Pschow wiederholt beschäftigt, als er noch eine ungebrochene Sanacjasäule war und reichliche Spenden zu Prozessionen, Messen und den Matki Polek fliessen liess. Nun geschah, was viele vorausgesehen haben, Polnik vergriff sich an Arbeitergroschen der Sterbekasse der Annagrube, die allmählich den Betrag von 9000 Zloty erreichten. Aber niemand wagte damals, selbst die Verwaltung nicht, gegen diesen strammen Patrioten vorzugehen, bis schliesslich auch hier der Henkel vom Krug brach und Polnik sich vor dem Rybniker Gericht zu verantworten hatte. Auf seinen Patriotismus pochend, wollte er die Unterschlagung des ganzen Betrages nicht zugeben, konnte auch nicht beweisen, wohin die Fehlbeträge kamen. Seine früheren Freunde belasteten ihn vor Gericht, sodass er wohl oder übel zugeben musste, mit Arbeitergroschen sehr lose verfahren zu haben. Das Gericht verurteilte Polnik zu einem Jahr Gefängnis, wegen Unterschlagung von 9000 Zloty, und man muss sagen, er kam sehr billig weg. Aber wären die anderen Mitbetriebsräte nicht solche Hampelmänner und hätten ihrem Obmann mehr auf die Finger gesehen und seinen Patriotismus ein wenig kontrolliert, so konnte von den 9000 Zloty sicherlich mancher Tausender gerettet werden. Heute erhält Polnik den wohlverdienten Fusstritt, solange er der Spender war, galt er als „Ehrenmann"!

Keine völlige Stillegung der Zinkindustrie

Seit der Inbetriebsetzung der Gieschewerke bei Magdeburg, erhält sich in Oberschlesien das Gerücht aufrecht, dass es zur völligen Stillegung der Zinkhütten in der Wojewodschaft kommen wird, wodurch etwa 6 bis 7.000 Arbeiter brotlos werden. Wie jetzt von interessierter Seite mitgeteilt wird, ist eine völlige Stillegung der Zinkhütten nicht geplant, indessen werden Einschränkungen im Laufe der nächsten Monate notwendig sein. Aus Absatzschwierigkeiten sind wohl in den letzten Wochen einige hundert Arbeiter entlassen worden, der Demobilmachungskommissar habe aber weitere Anträge der Hohenlohewerke auf Stillegung zweier Zinköfen abgelehnt und die Sache nochmals überprüfen lassen. Hingegen heisst es, dass die Genehmigung zur Stillegung der neuen Helene-Erzgrube bei Kamin erteilt wurde, nachdem für die Produkte keine Absatzmärkte vorhanden sind. Hierdurch werden einige hundert Arbeiter arbeitslos.

Wichtige Gesetzprojekte vor der Sozialkommission

Der Sozialkommission liegen eine Reihe von Gesetzesprojekten vor, die einschneidenden Einfluss auf unsere Arbeitsverhältnisse gewinnen werden. Am Montag, kommender Woche wird sich die Kommission mit dem Dekret des Staatspräsidenten vom 16. März 1928 beschäftigen, welches den Arbeitsvertrag umfasst, ausserdem mit dem Urlaubsgesetz, welches wiederholt Gegenstand der Beratungen des Sejms und der Sozialkommission war und, nach bereits beschlossener Annahme, erneut an die Kommission gelangt ist, weil seitens der Zentralregierung eine Novellisierung vorgesehen war. Gleichzeitig wird sich die Kommission mit einem weiteren Projekt beschäftigen, welches die Arbeitszeit in Handel und Gewerbe betrifft und die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit vorsieht. Wieweit die Sozialkommission den Wünschen des Wojewodschaftsrats entgegenkommen wird, ist noch nicht zu übersehen, aber das kann man von der Mehrheit erwarten, dass sie jede Verschlechterung der Lage der Arbeitnehmer entschieden ablehnen wird.

Das oberste Gericht über die Verantwortlichkeit der Krankenkassenärzte

Das Warschauer Oberste Gericht fällte dieser Tage eine wichtige Entscheidung über die Verantwortlichkeit der Krankenkassenärzte infolge Unachtsamkeit gegenüber den Patienten. Die Entscheidung des Obersten Gerichtes lautet: Die Forderung eines Schadenersatzes eines Krankenkassenmitgliedes wegen Unachtsamkeit in der Behandlung durch einen Krankenkassenarzt kann nur auf privatrechtlichem Wege erfolgen. Die Krankenkasse haftet nicht für schädliche Folgen von Kunstfehlern, die ein von ihr angestellter Arzt bei der Behandlung eines Krankenkassenmitgliedes begeht. Vor der Vornahme eines ärztlichen Eingriffes, auch eines nicht operativen, der aber für die Gesundheit des Patienten schädliche Folgen haben kann, muss der Arzt den Patienten auf die eventuellen schädlichen Folgen des Eingriffes, aufmerksam machen und sein Einverständnis zu diesem Eingriff einholen.

Von der Sanacja zu den Sozialisten

Wohl mit Rücksicht auf den Massenaufmarsch des ZZZ, weiss die „Polonia" boshafterweise zu berichten, dass sich innerhalb der Federacja Pracy auf den Ferrum-Werken eine Opposition geltend machte, die gesondert bei den Betriebsratswahlen vorging und nunmehr aus dem Lager des ZZZ ihren Uebertritt zu den polnischen Klassenkampfverbänden erklärt habe. Es ist also nicht alles so in Butter bei den ZZZ-Leuten, wie man es durch die Massendemonstration am Sonntag so gern zum Ausdruck bringen wollte. Auch da gibt es Unzufriedene, die mehr Vertrauen zu den Sozialisten, als zu den Sanatoren, haben.

Es waren doch bessere Zeiten!

Neugierde um die Berichterstattung des „Volkswille". — Die Teuerung macht SA-Frauen unruhig. — Belohnung für Unterschlagungen. — Rache für schlechte Bettelei.

Grosse Freude herrschte bei der Gestapo, als man den früheren Bergarbeiterführer Grzywotz verhaften konnte, in der Meinung, dass er die illegale Arbeit der SPD fortführe und auch die Berichterstattung für den „Volkswille" besorge. Nun hält man ihn Monate hindurch in Haft, hat ihn bereits nach Torgau in Sachsen in ein Durchgangslager abtransportiert, ohne ihm etwas nachweisen zu können, denn Grzywotz hat nie mit illegaler Arbeit etwas zu tun gehabt und war ein armer Reisender, nur, weil er früher der SPD. angehörte, muss er heute für seine Gesinnung im Durchgangslager leiden. Die Gestapo kann sich überzeugen, dass wir also unsere Berichte fortsetzen und noch bei weitem nicht alles berichten, was wir über die Sauwirtschaft der Filusch und braunen Bonzen wissen, weil man soviel Schweinerei keinem Menschen zu lesen zumuten kann. Unsere Berichterstattung über die Breslaufahrt scheint die braunen Bonzen doch zu ärgern und um die Schuldigen zu ermitteln, hat man die „Vertrauensmänner" Dziadek und Zaremba vernommen, ob sie ihre Weisheit weitergaben, sodass darüber der Kattowitzer „Meckerer" berichten konnte, hat auch in den Werkzeugschränken und Aufbewahrungsräumen nach illegalem Material gesucht, ohne etwas gefunden zu haben. Wo wir unser Material herhaben, nun, dafür gibt es ein gutes Mittel. Man braucht bloss mit den SA-Frauen zu sprechen und sich in gewissen Lokalen aufzuhalten, wo die Unterbonzen gegen die Oberbonzen schimpfen, und man erfährt mehr, als man wissen will.

Der Vorfall Grzegorczyk—Zepner bildet ja das Tagesgespräch unter der SA, die sich sehr deutlich darüber ausspricht, dass man Grzegorczyk wegen mehrfacher Unterschlagung noch besonders belohnt, indem er nach Namslau als Kreisleiter „befördert" werden soll und auch Zepner, der an gewissen Unterschlagungen mitbeteiligt ist, wird „versetzt" und erhält eine Belohnung, wenn er auch in Wirklichkeit ins Gefängnis gehört, aber Oberbürgermeister Filusch weiss, warum Grzegorczyk und Zepner nicht ins Gefängnis kommen, denn nur die Kleinen hängt man, die Grossen lässt man als Kreisleiter weiter laufen. Und es ist auch öffentliches Geheimnis, dass sich „Ober" Filusch für die Musikzugführer Sturm und Orzol ins Zeug setzte, die bei der Hansabank 8000 Mark unterschlagen haben und Sturm beim Musikzug 6500 Zloty Spesen gemacht hat. Filusch sandte da zur Verhandlung vor Gericht gegen Sturm den Stadtrat Zembolista, der vor Gericht bat, dass man Sturm als alten Kämpfer nicht so hart bestrafen solle, dies wünsche der „Ober" Filusch, und so kam Sturm für die Unterschlagung von 6500 Mark mit 6 Monaten Gefängnis davon, die selbstverständlich unter Amnestie gefallen sind. Einen Illegalen aber, dem man nichts nachweisen kann, als dass er Sozialist war, hält man im Gefängnis, das ist die Klassenjustiz des Dritten Reichs, die sich einmal gründlich rächen wird.

Die Nazis verstehen die Arbeiter immer wieder zu „begeistern", und so haben sie neben „Kraft durch Freude" auch besondere Erbauungsstunden eingerichtet, womit man nun seit zwei Jahren die Arbeiterschaft erbaut, bis schliesslich ein boshafter Teilnehmer zur Erkenntnis kam, dass man, trotz Erbauungsstunden, bei den Nazis nichts im Munde hat und der Magen bei der wachsenden Teuerung knurrt. Davon werden die Menschen nicht kaufkräftiger, wenn infolge Preisüberschreitung auch in Oberschlesien einige Fleischerläden geschlossen werden, denn auf der Stempelstelle der Bergarbeiter haben die Spitzel reichliche Arbeit in Hindenburg, wo die Arbeiter einander zusagen, bei besserer Unterstützung und 250 Mark Lohn, machte man Hungermärsche, jetzt wirds immer besser und wir werden bespitzelt und denunziert, damit die Bonzen besser stehlen können, wie es die Zepner, Grzegorczyk und Sturm getan haben. Und so ist es nicht verwunderlich, wenn sich auf einzelnen Werken die Arbeiter zur Wehr setzen und es ablehnen, die 20 prozentige Winterhilfe zu zeichnen. Es war eben ganz anders früher gegen heut, und die Republik liess nicht so betteln, wie es jetzt der Fall ist.

Bezeichnend für die Bettelei in den Schulen ist ein Vorfall in Mikulschütz, wo der Lehrer Prowoslo ein 13jähriges Mädchen würgte und schlug, nachdem es sich weigerte die „Bernsteinabzeichen", eine neue Bettelei, zu verkaufen, bezw. nicht genügend davon abgesetzt hat. So gross ist die Bettelei, dass man schon handgreiflich werden muss, um den Verkauf mit Prügel zu erzwingen. Wahrscheinlich hängt auch hier die neue Arbeitsbeschaffung zusammen, dass die früheren Schilder, der deutsche Gruss ist „Heil Hitler", abgeschafft werden, um neuen Schildern Platz zu machen, unser Gruss ist „Heil Hitler". auf diese Weise will man wieder den Geschäftsleuten einige Mark aus der Tasche ziehen, um die „Wirtschaft anzukurbeln". Es geht besser und besser, scheint wenigstens für die „Ostfront" nicht zuzutreffen denn der Redakteur von Hindenburg sah sich veranlasst, die Lehrer zu einem „Werbekurs" zusammenzurufen, wie man für die „Ostfront" werben soll und insbesondere durch Schulkinder zu erfahren, welche anderen Blätter im Hause noch gelesen werden.

Bei den Nazifrauenschaften scheint die Konkurrenz besonders zu blühen, es fällt den „PG-innen" auf, dass sich die Leiterin besonders bereichert und sich, wie die Grzegorczyk und Zepner, nobel einrichten. Ein solcher Konkurrenzstreit geht jetzt zwischen den Bonzinnen Werner und Wloka vor, die einander die allerlieblichsten Dinge an den Kopf werfen und den Führer zur Schlichtung des Streites anrufen wollen, wer von beiden besser betrogen hat.

Man stellt sich nun auch auf die Suche nach dem Schachtriemen, der enger gezogen werden soll und meint, dass es der Nazischmachriemen ist, den der Wirtschaftsdiktator zur Ankurbelung empfiehlt. Die SA-Frauen fangen an, zu rebellieren, denn es wird teurer, der Ruf der SA gefährlicher und die oberen Bonzen stehlen, wofür die unteren Mitarbeiter beschimpft werden. Und da soll noch einer daran zweifeln, dass es im Dritten Reich nicht besser und besser geht, wenn auch alle der Ueberzeugung sind, dass es früher unter den Marxisten doch besser war und sich von Tag zu Tag unter dem Nazismus verschlechtert.

Aus der Partei

Kostuchna. In der Mitgliederversammlung der DSAP referierte am letzten Sonntag Genosse Kowoll über die politische Lage im Lande und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Ausgehend von dem Umzug der Federacja Pracy, die in Kattowitz für Sozialisierung der Betriebe, für Aufrechterhaltung der Sozialgesetzgebung und gegen jeglichen Lohnabbau, demonstrierte, wies Redner nach, wie wenig die breiten Massen der Arbeiterschaft politisch geschult sind. Im gleichen Augenblick, wo für selbstverständliche Forderungen der Arbeiterklasse demonstriert wird, zeigt es sich aber, dass gerade die Regierung einen umgekehrten Weg einschlägt. Denn es unterliegt doch keinem Zweifel, dass die Sozialisierung nur ein Werk der Gesetzgebung sein kann und wenn man ein solches Projekt dem Sejm vorlegen würde, möchte man in ihm auch eine entsprechende Mehrheit finden. Aber das sind nur Parolen für die Massen, während die Regierung selbst ihre Politik mit den kapitalistischen Vertretern macht, die seit Jahren beweisen, dass sie nicht fähig sind, die Wirtschaft aus der Krise hinauszuführen, weil es hier unter kapitalistischem System keinen Ausgang gibt. Redner besprach dann die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und kam zum Ergebnis, dass man den Optimismus nicht teilen könne, dass es uns immer besser gehe, denn wir sehen nur Anwachsen der Arbeitslosigkeit und Steigerung der Not. Schliessung weiterer Betriebe, wie dies im kapitalistischen System nicht anders zu erwarten ist. Die internationale Lage streifend, betont der Referent, dass es der Arbeiterklasse, auch der polnischen, nicht besser gehen werde, bevor nicht der Faschismus, insbesondere der Hitlerismus, beseitigt wird. Dann erst tritt eine grosse Periode der Arbeiterschaft an, bis dahin sind wir auf den demokratischen Fortschritten angewiesen, wie er beim sozialistischen Vormarsch in England, Norwegen und verschiedenen anderen Ländern zum Ausdruck kommt. Die spanische Niederlage ist zwar schwer, aber schon rüsten die Arbeiter dort die Einheitsfront zu neuen Entscheidungen und werden auch mit der klerikalen Herrschaft des Gil Robles dem Statthalter des Papstes, in Spanien fertig. In der Diskussion wurde nicht nur die politische Situation besprochen, sondern auch die gewerkschaftlichen Fragen, die volles Einvernehmen mit dem Referenten feststellten. Nach Erledigung einiger Parteifragen, wurde die Versammlung mit dem Freiheitsruf geschlossen.



1½ Jahre Gefängnis für einen Gemeindevorsteher

Wegen Unterschlagung und Bücherfälschung hatte sich dieser Tage vor dem Burggericht in Tarnowitz der frühere Gemeindevorsteher Kalinowski aus Jendryssek zu verantworten. Das Gericht fand den Angeklagten schuldig und verurteilte ihn zu 1½ Jahren Gefängnis, mit sofortiger Verhaftung.

Deutsche Theatergemeinde Katowice.

Heute abend pünktlich 8 Uhr findet im hiesigen Stadttheater die Revue-Operette „Goldner Pierrot" von Goetze statt.

Diese reich ausgestattete Aufführung, deren Handlung sich in Köln z. Z. des Karnevals abspielt, dürfte niemand sich entgehen lassen. Hildegard Stanna und Herbert Heidrich sind in der Hauptpartie. Ausserdem wirken namhafte Künstler mit. Insgesamt 60—80 Personen. Schon für 0,90 Zl bis 5,— sind Eintrittskarten zu dieser Operette an der Theaterkasse von 9—13 Uhr und 15—17 Uhr zu haben.

Montag, den 12. November abends 8 Uhr gelangt im Abonnement A und B und im freien Kartenverkauf im hiesigen Theater, in Polen zum 1. Male das Volksschauspiel „Schillers deutscher Traum" von Hans Kyser zur Aufführung. Die Welt-Uraufführung dieses Schauspiels unter persönl. Leitung des Dichters Hans Kyser findet heute im Landestheater Beuthen statt.



Unterhaltungsbeilage des „Volkswille“



Im Novembernebel

Notizen eines politischen Gefangenen

Von **S. Richards.**

Neunzehnhundertachtzehn!

Die Monate vergehen. An den Fronten türmen sich die Opfer. Auch auf unserem Zuchthausfriedhof reiht sich Hügel an Hügel. Der Tod hält grosse Ernte: draussen in den Gräben und hier unter den politischen Verbrechern. Wir sind krank und elend. Zwei Jahre warten wir schon auf das Ende des Krieges, auf die Früchte einer schweren, unterirdischen Arbeit. Wir können kaum noch laufen u. uns nicht mehr erwärmen. Da unten auf dem Hof in den Gängen sind keine Menschen mehr, nur noch Schemen eines früheren Lebens. Und wir sind erst 24 Jahre alt!

In den kalten Nächten schreit keiner mehr von uns. Niemand klopft an die Wände. Nur ein Stöhnen ist in der Luft, wie das Röcheln der Agonie. Täglich werden Abteilungen von Anstaltsinsassen gewogen. Jede Woche bin ich dran. 10, 20, 30 Pfund Gewichtsverlust im Monat registriert die Wage des Arztes. Aber diese Registraturen helfen nicht.

Es muss draussen sehr schlimm stehen. Ich merke es an den Briefen, die so selten und doch oft genug kommen. Zensurierte, fast schwarze Briefe. Auch an den Mienen der Wärter. Fast täglich kommt einer in die Zelle herein und will unterhalten. Sie wissen nicht viel, diese Beamten, die immer unten bleiben müssen, sich nie rühren dürfen. Es sind primitive politische Gespräche, aber ich erfahre doch manche und bekomme neue Hoffnungen.

Plötzlich werden wir abtransportiert und kommen in ein „sichres" Zuchthaus. Und schon nach einer Woche „Sicherung" werden wir krank. Wasser und vieles andere, kurzum... der Hunger.

Wochenlang liege ich im Lazarett. Neben mir stöhnt ein Elsässer, fast ein Junge noch, ein Deserteur. Ich soll ihm seine Briefe schreiben.

Kaum sind wir genesen, da sperren se uns wieder in die Isolierzellen. Nun schreien wir allnächtlich wieder in den Zuchthaushof hinaus, und das hallende Echo der Wände gibt gute Antwort. Ohne diese schweren Mauern könnten wir uns nicht verständigen.

Ein Wärter kommt angeschlürft. Hoffentlich keine Nachtvisitation. Der Wärter schliesst an meiner Tür. Ich springe auf die Pritsche. Ein neugierig glänzendes Gesicht schiebt sich herein: „Sind Sie W...s?" Fragend sehe ich das Gesicht an. In diesem Hause gibt es sonst keine Namen, nur Nummern. Der Wärter sucht nach Worten. Etwas Unerklärliches gurgelt er heraus: „Sicher, sicher... morgen sind Sie frei!" Ich lache wütend auf. „Glauben Sie's nur: ja, ja. Revolution ist: in Kiel, in Hamburg und sogar unsere Regimenter machen nicht mit!" Er sagt das fast resigniert. Ich höre die Worte und glaube nicht daran. Aber der Wärter geht nicht fort. Vorsichtig frage ich, dann lebhafter und hastiger. Der Wärter hört zu, antwortet, wie er kann — und geht nicht fort. Wie anders das alles ist!

Schliesslich muss der Wärter gehen. Ich springe auf die Nähmaschine am Fenster und schreie, schreie, so gut ich kann, den Kameraden die Nachricht zu. Nur der kleine Elsässer drüben antwortet nicht. Ich muss an der Wand lauschen und höre kein Klopfen, nur ein Schluchzen, wie nach langem Weinen. Frühmorgens hatte er ich erhängt!

Gewehrkolben donnern in aller Frühe an die Tore. Matrosen, Soldaten begehren Einlass. Im Hause entsteht Tumult. Schwere, eisenbeschlagene Stiefel donnern die Treppen herauf und hallen grollend über die eisernen Gänge. Zelle um Zelle wird geöffnet. Ich höre das alles und habe keine Erklärung dafür. Das ist fremd in diesem Hause, wo das Leben nur in Filzschuhen verüberstreicht. Schwere Schritte nähern sich meiner Zelle. Die Tür wird aufgerissen. Matrosen stehen im Türrahmen, lachen und winken. „Mensch!.... Du!.... Komm doch raus!" Ich kann mich nicht vom Flecke rühren. Ein Schauer rieselt mir den Rücken hinab. Es wird so leer, so leer.

Sie haben mich hinausgetragen.

Neben dem Zuchthaus liegt die Kaserne. Auf dem Hofe versammelt sich eine Demonstration. Jemand spricht aus dem Fenster. Dann tritt einer der Matrosen vor, die mich geholt haben, meine Freunde. Ich sehe, wie er rot wird vor Verlegenheit. Er sucht Worte. Vor den Kesseln der Schiffe verlernt man das Reden.

„Kameraden! Das Werk ist also getan, der Krieg ist zu Ende. Wir gehen nach Hause. Aber ihr sollt dafür sorgen, dass alles, was gelitten wurde um diese Stunde, was an Opfern gebracht wurde um diesen Tag, nie vergeblich gewesen ist!"

Der Matrose dreht den Gewehrriemen in seinen Händen, sucht weiter nach Worten und schweigt dann doch. Was soll er auch über solch harten Alltag reden?

Die Menge ruft und ruft. Und dann tritt einer aus unserem Hause vor. Er nimmt nur die Mütze ab — eine instinktive Geste. In der erwartungsvollen Minute, die zwischen der Geste und seinen Worten liegt, entblössen sich alle Köpfe im Hofe. Totenstille herrscht ringsum. Seine Worte hallen weit über den Platz hinaus:

„Brüder, gedenkt der Toten, die für unsere Freiheit starben!"

Immer wieder neuem Morgen zu

Nicht die Zahl durchlitt'ner Lebensjahre,
Nicht durch Kummer grangeword'ne Haare
Sollen mir des Geistes Glut zerbrechen,
Sollen mir den festen Willen schwächen,
Aufrecht durch der Tage Not zu schreiten
Immer wieder neuem Morgen zu. —
Jedem Leid, das mir entgegenblutet,
Jeder Freude, die mich hell umflutet,
Immer wieder ganz mich zu erschliessen,
Gross und klar in Lebensdankbarkeit,
Immer wieder gläubig aufwärtsschauen,
Auch der eignen innern Kraft vertrauen,
Schweres selbstbewusst zu überwinden,
Stets bereit sich für den Kampf zu finden,
Den das Dasein täglich neu uns bringt.
Tief im Innern vor sich selbst bestehen,
Immer zielgerichtet vorwärtsgehen
Als ein stiller Kämpfer ernst und schlicht,
Seiner Sehnsucht treu nach Freiheit — Licht —,
Dass die Nachwelt dereinst sagen kann:
Auch durch tagesdunkle Wirren
Ging er tapfer seine Lebensbahn,
Er stand und fiel als ganzer Mann.

Aug. Stüssi.

Jenny L. Adamson — stellvertretende Vorsitzende der englischen Arbeiterpartei

Das auf dem diesjährigen Parteitag der englischen Arbeiterpartei in Southport neu gewählte Exekutivkomitee hat die Genossin Jenny L. Adamson mit dem Amt der stellvertretenden Vorsitzenden betraut. Nach englischem Parteibrauch dürfte dies zur Folge haben, dass Genossin Adamson im nächsten Jahr mit dem Amt der Vorsitzenden der Parteiexekutive betraut wird. Vor ihr ist erst eine Frau dieser Ehre teilhaftig geworden: Susan Lawrence, die auch Mitglied der zweiten englischen Arbeiterregierungen war. Genossin Adamson ist in den letzten Jahren in die vordere Reihe der englischen Parteifunktionäre gerückt, sie ist jedoch schon seit vielen Jahren in der Genossenschaftsbewegung, sowie in der Gemeindeverwaltung von Gross-London in ihrer stillen und sachlichen Art vorbildlich tätig und eine beliebte Rednerin. Als Mitglied des Präsidiums des Frauenkomitees der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ist sie auch den ausländischen Genossinnen bekannt geworden. Ihre Betrauung mit einer wichtigen Funktion bekräftigt neuerdings die erfreuliche Tatsache, dass die englischen Genossinnen an dem Aufstieg der Arbeiterpartei allen Anteil haben und dass ihre Mitwirkung auch von der Partei anerkannt wird.

Heldinnen der spanischen Revolution

Ein französisches bürgerliches Blatt schreibt in einem Bericht von der spanischen Grenze:

„Vor den Häusern von Mieres, eines grossen Bergarbeiterdorfes in Asturien, haben zahlreiche Frauen ihre Kinder in den Armen haltend, dem Maschinengewehrfeuer getrotzt, um den Rückzug der Roten Garden zu decken, die sich am andern Ende des Ortes wieder festsetzten".

Man hat den spanischen Frauen vorgeworfen, dass die Verleihung des Wahlrechts an sie die letzte Wahl zugunsten der Reaktion entschieden und dadurch das Schicksal der Demokratie und der Republik besiegelt habe. Die spanischen Arbeiterfrauen, die tapferen Genossinnen von Mieres und zahlloser anderer Orte, haben gezeigt, dass auch die Spanierin die Freiheit zu schätzen und für sie heldenhaft zu kämpfen versteht.

Neudeutsche Kultur

Die in Berlin-Schöneberg erscheinende „Deutsche Wochenschau" veröffentlichte vor kurzem die folgende „Glosse" über den deutschen Dichter und Nobelpreisträger Thomas Mann: „Wir haben uns mit Thomas Mann länger beschäftigt, als der Kerl von oben bis unten wert ist, der in fünf, gewiss aber in zwölf Jahren nach seinem Tod vergessen, oder vielmehr gleich verflucht sein wird. Schon eine bloss halbwegs normale Menschheit, die aber in der Ueberwindung des Judentums, des jüdischen Geistes und Giftes begriffen ist, wird die Mannsche Literatur so schnell wie möglich einscharren."

Die alttestamentlichen Texte in Händels Chorwerken sind vom Präsidenten der Reichskulturkammer geprüft worden. Nach der amtlichen, in Fachblättern veröffentlichten Mitteilung der Reichskulturkammer „geben sie zu Beanstandungen keinen Anlass."

Wahre Geschichten, dem Leben entnommen

Der Mann, mit den 86 000 Frauen

Jeder kannte ihn in der Stadt, wo er nunmehr über siebzig Jahre lebte. Man sah ihn täglich, wenn er zur Dämmerstunde seine kleine Mansardenstube in der Vorstadt Prags verliess, um in einer kleinen Kneipe einen Dämmerschoppen zu trinken. Die Kinder auf der Strasse neckten den alten Mann, wenn er schnurstracks seines Weges ging. Diesen Weg legte er nun schon seit zwanzig Jahren täglich zur selben Tageszeit zurück. Er galt als der eingefleischteste Junggeselle der Stadt. Ein Bücherwurm, ein Stubenhocker, der Typus eines Eigenbrötlers, der weltfremd irgend welchem ausgefallenen Studien nachging. Eines Tages kam der 70jährige Junggeselle nicht mehr in sein Stammlokal. In aller Stille und in stillem Hader mit seiner Mitwelt war er gestorben.

Als man seine kleine Hinterlassenschaft zusammenstellte, machte man eine geradezu sensationelle Entdeckung, die das Stadtgespräch von Prag wurde. Man fand in einer Truhe verschlossen eine Sammlung von Postkarten, Photographien, Zeitungsausschnitten, Gemälden und Kupferstichen von insgesamt 86 000 an der Zahl und, man höre und staune, es waren sehr viele bekannte Frauen in der Sammlung, die von dem seltsamen Kauz mit fanatischem Eifer gesammelt und behütet wurden.

Bei der Hinterlassenschaft fand man auch ein Testament. In diesem bezeichnete sich der alte Junggeselle als der grösste Liebhaber aller Zeiten. Seine Vorstellung von der wahren Liebe sei so erhaben, dass er sich seine Ideale nicht durch die brutale Realität habe zerstören wollen. Nur so habe er die gefährliche Klippe der Monotonie des Lebens und der Liebe vermieden.

Die Stadtväter zerbrechen sich den Kopf darüber, was sie mit dieser Sammlung, die sicherlich nur einmal in der Welt vorhanden ist, anfangen sollen. Man hofft darauf, dass das städtische Museum des Lebenswerk eines Eigenbrötlers und Phantasten in Gnaden aufnimmt.

Verstaatlichung des amerikanischen Rundfunks

Erfolg der Zeitungen über die Radiogesellschaften

Wie aus Neuyork gemeldet wird, haben die amerikanischen Zeitungsunternehmen in ihrem Kampf gegen die Radiogesellschaften wegen der Verbreitung von Tagesneuigkeiten einen entscheidenden Sieg davongetragen.

Die amerikanischen Radiogesellschaften, die mit zwanzig Grosssendern arbeiteten, in erster Reihe die National Broad Casting Company und die Columbia Broad Casting System, haben in der letzten Zeit das literarische und musikalische Programm fast vollständig vernachlässigt und sich auf die Sendung von Tagesneuigkeiten und Werbenachrichten geworfen.

Dadurch machten sie den Zeitungen grösste Konkurenz. Die grossen Zeitungskonzerne hatten aus diesem Grunde vor drei Monaten beschlossen, eine Campagne gegen die privaten Radiogesellschaften zu führen und veröffentlichten Wochen hindurch die Radioprogramme nicht mehr.

Die Campagne hat jetzt zu einem durchschlagenden Erfolg geführt, da die Radiogesellschaften mit den Zeitungsunternehmen in Verhandlungen getreten sind und sich verpflichten mussten, nur Nachrichten zu veröffentlichen, die bereits in den Blättern gestanden haben.

Auch hat der Zeitungskrieg gegen das Radio dazu geführt, dass das Staatsdepartement in Washington beschlossen hat, das Radiowesen zu verstaatlichen. Die Enteignung und Entschädigung der Radiogesellschaften wird im Laufe des nächsten Jahres in Angriff genommen werden.

Uebrigens hat auch in Frankreich der Postminister Mallarme eine baldige Verstaatlichung des Radiodienstes angekündigt.

In Wien ist der Schriftsteller Alfred Schirokauer gestorben. Schirokauer wurde in Breslau geboren; er stand im 55. Lebensjahr. Aus seiner Feder stammt eine grosse Anzahl von Romanen, die zumeist historische Themen behandeln. So schrieb er einen Lassalle-Roman, einen Napoleon-Roman und einen Byron-Roman. Von seinen Hörspielen sind „Magnetpol" und „Strassenrondo" aufgeführt worden.

Der Lebensweg eines grossen Mannes

Ene neue Marx-Biographie

Im Marx-Engels-Verlag in Moskau ist in deutscher Sprache eine neue Chronik des Lebens von Karl Marx erschienen. Mehr als 3000 auf sicheren Quellen basierende Daten geben einen genauen Ueberblick über das Leben und Wirken des grossen Denkers und Schöpfers des wissenschaftlichen Sozialismus.

Wir erfahren, dass im Juni 1843 der Geh. Oberrevisionsrat Esser aus Berlin dem erst 25 Jahre alten Marx das Anerbieten der preussischen Regierung übermittelt, in den preussischen Staatsdienst einzutreten. Marx zieht es aber vor, in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern" das Regime der Hohenzollern anzuprangern. Dafür erhält er im Jahre 1844 den ersten Haftbefehl.

Wir erfahren, wie Marx alle seine Möbel verkauft, um wenigstens einen Teil des Druckes der „Neuen Rheinischen Zeitung" sicherzustellen. Wie er seine Kleidung verpfändet, wie er dauernd um ein paar lumpige Taler kämpfen muss, um mit seiner Familie leben zu können.

14.—20. Februar 1852. „Von dem Gelddruck gehetzt, kann Marx weder am „18. Brumaire" noch an seinem ökonomischen Werk arbeiten."

„Ende Februar 1852. Marx in grosser Not. Kann, da er seinen Rock im Pfandhaus versetzt hat, ausgehen und aus Mangel an Kredit kein Fleisch mehr essen."

Und doch wird dieser Marx — der grosse Marx, der Autor des Kommunistischen Manifests, der Verfasser des „Kapitals", der Begründer der ersten Internationale, Der Mann, dessen Namen die sozialistischen Massen auf der Erde in Ehrfurcht und Liebe aussprechen, mit dessen Namen auf den Lippen die Besten unserer Epoche furchtlos in den Tod gegangen sind.

Eine Chronik des Marxschen Lebens ist mehr als die Biographie eines einzelnen. Sie ist zugleich auch Frühgeschichte der Arbeiterbewegung. — Lassale, Wilhelm Liebknecht, Heine, Freiligrath, Engels, die alten Meister stehen auf, werden lebendig. Die Kämpfe „um den Weg", das Auf und Ab, Niederlagen und Siege, das Leben der Arbeiterschaft all das verknüpft sich mit dem Marxschen Namen. Und wenn wir am Schluss des Buches im Brief Friedrich Engels an Sorge lesen: „15. März 1883. Die Menschheit ist um einen Kopf kürzer gemacht, und zwar um den bedeutendsten Kopf, den sie heutzutage hatte", dann wissen wir, wer gemeint ist — Karl Marx.

Die „Chronik seines Lebens" ist lesenswert. Sie wird so manchem Gegner des „Marxismus" die Augen öffnen, seinen Bekennern aber neuen Mut verleihen.

Hilfe für Männer über 45 Jahren

Eine merkwürdige englische Organisation

„Kein Mann unter fünfundvierzig braucht sich zu melden" ist das Schlagwort einer Organisation, die in diesen Tagen in London begründet wurden. Es handelt sich um eine Gesellschaft, die gewissen arbeitslosen Menschen, die die Mitte des Lebens überschritten haben, helfen will. Vorwiegend hat man dabei an Männer aus intellektuellen Berufen, an Büroangestellte, Mechaniker, Menschen aus freien Berufen gedacht.

„Wir haben bereits mehr als zweitausend Mitglieder", erklärte der ehrenamtliche Sekretär einem Berichterstatter, „und wir werden Landklubs und Hotels auf dem Weg der Selbsthilfe gründen, um den Beschäftigungslosen Arbeit zu schaffen. Wenn die Bewegung Erfolg haben wird, wird sie sich auch auf andere Geschäftszweige erstrecken. Die Statuten unserer Vereinigungen schliessen nur die Beschäftigung mit dem Bank- und Schiffahrtswesen aus. Die Männer, denen wir unsere Hilfe leihen, werden in den offiziellen Arbeitslosenlisten nicht geführt. Wir werden das Märchen widerlegen, wonach der Mensch zu alt für eine nützliche Arbeit sei, wenn er das Altrer von fünfundvierzig erreicht hat".

Eugène Pottier

Der Dichter der „Internationale"

Von Hermann Wendel.

Rue Champollion — ob in dieser kleinen und engen Strasse des Lateinischen Viertels 1871 in der „blutigen Woche" der Pariser auch gekämpft wurde? Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, denn ganz in der Nähe die Barrikaden der Rue de l'Ecole de Medecine waren, zum Teil von Frauen verteidigt, eines der Widerstandszentren auf dem linken Seine-Ufer gegen das hier vorrückende Armeekorps Cissey. Und also wurde in der Rue Champollion Eugene Pottier, Kommunard und Sänger der Kommune, am rechten Fleck gefeiert. Die Feier begab sich in dem intimen und pitoresken Saal des „Cabaret des Noctambules", und abgehalten wurde sie von der Vereinigung „La Chanson de Paris", getreu ihrem Grundsatz, das, was unübersetzbar Chanson heisst, in all seinen Abwandlungen zu pflegen. Lucien Descaves von der „Sous-Offs" und einer Reihe anderer Romane, in denen die revolutionäre Ueberlieferung des neunzehnten Jahrhunderts lebt, führte den Vorsitz und sprach einige eindringlich geistvolle Worte über den Chansonnier, der nicht hinter dem warmen Ofen, sondern im Pulverrauch gedichtet habe, und vor dem er sich verneigte, als einem „der Toten, die wir zum Leben nötig haben". Dann entwarf Alexandre Zevaes, Zierde de Parier Barreaus und Historiker, der Dritten Republik und der sozialistischen Bewegung, ein anschauliches und lebendiges Bild Pottiers, des Sängers und des Menschen.

Der 1816 im Schosse einer Arbeiterfamilie zur Welt kam, war ein „Parigot" reinsten Wassers; er wurde in Paris geboren, lebte in Paris, arbeitete in Paris, kämpfte in Paris, starb in Paris und liegt in Paris, auf dem Pere-Lachasne, begraben. Wie sein Vater sollte Eugene Pottier Packer werden, und versuchte sich in verschiedenen Berufen, bis er als überaus geschickter Stoffzeichner sein Auskommen fand. Früh schon, da ihn enge Freundschaft mit Henri Murger, dem Erzähler der „Boheme", verband, fühlte er seine Stirn vom Kuss der Muse gestreift, nur das diese Muse die rote Freiheitsmütze auf wehendem Lockenhaar trug und statt des Schäfersteckens die revolutionäre Pike in der Rechten hielt. Durch das Geäder seiner kräftigen und kernigen Strophen floss das Herzblut des arbeitenden Volkes, der duldenden namenlosen Masse; er sang das Leid der kleinen Leute, den Hunger der Habenichts, das trübe Erdenlos von „Jean Misere", Elend und Verzweiflung, Sehnsucht und Revolte des Proletariers. Nachdem Zevaes geendet hatte, trugen Robert Aubry vom Theater der Porte-Saint-Martin, G. Isabelli vom „Trianon Lyrique" und Felix Gibert vom „Odeon" eine Anzahl dieser sozial gewürzten Gedichte packend und erschütternd vor.

Wie Pottier im Februar 1848 auf die Barrikade stieg, so stand er zum zweiten Kaiserreich in unerbittlicher Opposition; in dieser Zeit suchte er im Rahmen der Internationalen Arbeiter-Assoziation die Stoffzeichner gewerkschaftlich zu erfassen. Nach Sedan gehörte er zu den Männern der Linken, die zur Rettung der Republik leidenschaftlich den Krieg bis aufs Messer predigten. Adjutant des 181. Bataillons der Nationalgarde, schlug er sich wacker bei Champigny, und bekannt wurde sein poetischer Aufruf zur Verteidigung von Paris. Aber als am 18. März 1871 auf dem Pariser Rathaus die rote Fahne wehte, war der kleine quecksilberne Mann mit den dunkel glühenden Augen erst recht dabei. Im April entsandte ihn das Zweite Arrondissement in die Kommune, und als im Mai die Uebermacht der Versailler die revolutionäre Hauptstadt erdrückte, hielt Pottier bis zur letzten Patrone stand. Es gelang ihm, dem Blutdurst der Kriegsgerichte ins Ausland zu entkommen. Nach der Amnestie von 1880 zurückgekehrt, gab er 1884 einen Teil seiner Gedichte, die in Dutzenden von Zeitschriften und Zeitungen erschienen waren, unter dem Titel „Qui est le fou?" heraus; so hiess eines seiner Chansons mit dem Kehrreim „Wer ist verrückt, die Welt oder ich?". Drei Jahre später legte er einen zweiten Band, „Chants Revolutionaires" (Revolutionäre Gesänge) vor, dem Henri de Rochefort das Geleitwort geschrieben hatte, aber schon am 7. November 1887 starb Pottier. Das Pariser Proletariat erwies seinem Sänger, der sich zur Sozialistischen Partei Guesdes bekannt hatte, die Ehren eines Leichenbegängnisses, das zu Zusammenstössen mit der Polizei und zu einer Interpellation in der Kammer führte, aber auch die keineswegs revolutionär gesinnte Literaturkritik erkannte das starke Talent des Dichters an und reihte ihn den grossen Chansonniers ein.

Wie es nicht angeht, von Rorget de l'Isle zu reden, ohne die „Marseillaise" zu erwähnen, so, sagte Zevaes, ist es ein Unding, den Namen Pottier zu nennen, ohne auf die „Internationale" zu kommen. Ihre Strophen brachte der Dichter, bei einem Freunde verborgen, im Juni 1871 zu Papier, als das Pariser Pflaster noch von dem Blut rauchte, in dem die Kommune ersäuft worden war. Gedruckt wurde das Lied aber erst in den „Chants Reolutionaires", und zwar ohne dass die Welt besondere Notiz davon nahm. Im Jahre nach dem Tode des Dichters komponierte ein musikalisch begabter Modelltischler in Lille, namens Pierre Degeyter, aus Gent gebürtig, die „Internationale" für einen lokalen Arbeitergesangverein, „La Lyre des Travailleurs". — Jetzt bekam sie Flügel, aber ihr Flug war anfangs langsam genug; Jahre hindurch beschränkte sich ihre Verbreitung auf die Industriezentren des Nord-Departements. Erst als sie 1896 vor einem Kongress der Französichen Arbeiterpartei (Guesditen) in Lille mehrfach gesungen und jubelnd begrüsst worden war, drang sie mit der Rückkehr der Delegierten in die verschiedensten Gegenden Frankreichs vor. 1899 wurde sie auf einem Pariser Kongress aller sozialistischen Richtungen auch von den übrigen Parteigruppen bekannt und so zu dem allgemein anerkannten Lied der französischen Arbeiterbewegung; unzählige Male rissen seitdem bei Kundgebungen ihre anfeuernden Takte die Massen hin:

> C'est la lutte finale.
> Groupons-nous, et demain
> L'Internationale
> Sera le genre humain.

Stimmten die Internationalen Sozialisten-Kongresse bis Ende des neunzehnten Jahrhunderts noch das Revolutionslied von 1792, die „Marseillaise" an, so erklang in Stuttgart 1907 zum erstenmal die „Internationale", die damit ihre Weihe als Hymne der internationalen Arbeiterbewegung erhielt: „Völker, hört die Signale!" oder in der besseren Uebertragung von Franz Diederich:

> Schon erglühn die Signale!
> Ein letzter Kampf muss sein.
> Die Internationale
> Wird die Welt befrein.

1917 gar rückte die Schöpfung Pottiers und Degeyters zur Nationalhymne Sowjetrusslands auf, und so wird ie weiter ihren Weg machen. Denn trotz allem Widrigen, was unsere Zeit dem grossen Freiheitskampf der arbeitenden Klassen entgegenwälzt, haben die zuversichtlichen Worte Pottiers aus seinem „Sie ist nicht tot!" unverbrüchliche Geltung:

> Man schoss sie mit Kartätschen tot
> Aus Mitrailleusenschlünden
> Und schleifte ihre Banner durch den Kot,
> Blut dampfte in Tälern und Gründen.
> Da paradierten die Henker des Volks
> Als siegreiche Paladine.....
> Doch nichts hält auf der Dinge Verlauf.
> Denn sie ist nicht tot, die Kommune!

Die gleiche Zuversicht gab Lucien Descaves in seiner Ansprache kund: "Die Kommune stirbt nicht. Man muss sie nicht hinter uns suchen, sie ist vor uns". Und unterblich wie die Kommune ist ihr Sänger: Eugene Pottier.

Die Not der deutschen Zeitungen

Schwere Bedrängnis einer Reihe grosser Unternehmungen.

Wie gut unterrichtete Berliner Korespondenten ausländischer Zeitungen mitteilen zu können glauben, stehen in Deutschland neue Einstellungen von Zeitungen bevor. Von der „Kölnichen Zeitung" wird behauptet, dass sie den Januar schwerlich ûerleben dürfte und dass sie in dem im gleichen Verlage erscheinenden Blatte „Kölnischer Stadtanzeiger" aufgehen wird. Die „Süddeutsche Zeitung" in München gehöre gleichfalls zu den Blättern, die verschwinden würden. Auch die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung" und die mehr als 100 Jahre alte, in Breslau erscheinende „Schlesische Zeitung" sollen vor ihrem Ende stehen.

Die „Frankfurter Zeitung" soll ebenfalls in schwerer Bedrängnis ein. Die Mehrheit der Aktien befinden sich im Reich der J. G. Farben, aber auch diese kapitalkräftige Gesellschaft soll sich nicht mehr in der Lage sehen, die erheblichen Zuschüsse weiter tragen zu können. Um das Erscheinen der „Frankfurter Zeitung" zu retten, hat die gesamte Belegschaft des Blattes jetzt bereits auf 25 Prozent ihrer Gehälter und Löhne verzichtet.

Von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" heisst es, dass über ihr Schicksal in allernächster Zeit entschieden werden soll. Die „Deutsche Zeitung", die dem Reichsernährungsminister Darre nahesteht, wird bekanntlich nur noch als Morgenblatt erscheinen. Ihre Abendausgabe rentiert sich nicht mehr.

Provinzzeitungen, die ihr Erscheinen einstellen mussten

In den letzten Wochen haben (ausser den mitgeteilten Stillegungen bekannter Berl. Zeitungen) die folgenden Blätter ihr Erscheinen eingestellt: die Zeitschrift „Arzt, Apotheker, Krankenhaus", Berlin; die Zeitschrift "Deutscher Mittelstand", Organ der NS-Hago, Frankfurt am Main; der „Abensberger Hallertauer Generalanzeiger" in Abendsberg; die Fachzeitschrift „Elektro-Radio-Phono-Praxis", Berlin; die „Allgemeine Fleischerzeitung, Berlin; die Zeitschriften "Fluss und Zelt", "Urlaubsreise" und „Bergkamerad"; der „Mittelstand", Remscheid; die „Neue Presse", Köthen; das „Schömberger Wochenblatt", Schömberg (Kreis Landshut); die „Schwarzwälder Bürgerzeitung", Rottweil am Neckar; die „Themarer Zeitung", Themar (Thür.). Zusammengelegt sind die „Bremer Nachrichten" und „Weserzeitung" in Bremen, die „Mainzer Tageszeitung" ist in dem „Mainzer Anzeiger" aufgegangen, und der „Nordhäuser Lokalanzeiger" in der „Allgemeinen Zeitung". Die „Stettiner Abendpost" ist mit dem „Stettiner Generalanzeiger" vereinigt.

Welche wirtschaftlichen und sozialen Schäden daraus — vor allem für die Buchdrucker — entstehen kann sich jeder selbst ausmalen.

Ein sozialistisches Archiv aufgebaut

Der Hauptsekretär der finnischen Sozialdemokratie, Genosse Wiik, hat in aller Stille ein Werk geschaffen, das nicht viele Parteien anderer Länder aufzuweisen haben. Im Verein mit seiner Frau hat er seit 25 Jahren unermüdlich alles ihm Erreichbare zusammengetragen an Büchern, Zeitungen, Zeitschriften, Flugzetteln usw. und in musterhafter Katalogisierung zum finnischen sozialistischen Archiv aufgebaut.

Voll Staunen und achtungsvoller Bewunderung geht der Besucher durch die 4 oder 5 Räume in Helsinski des Gebäudes der „Suomen Sosialdemokratiinen", des grössten der 13 finnischen sozialistischen Zeitungen, in denen das Archiv untergebracht ist. Bis zur Decke hinauf ist alles vollgestopft mit Material aus aller Herren Länder, über alles, was mit sozialistischen Fragen zusammenhängt, über oder von Sozialisten geschrieben worden ist. Auch ist z. B. eine lückenlose Sammlung der russischen Revolutionsflugblätter, wie sie in Moskau selbst kaum zu finden ist, vorhanden. Auch sonst weist das Archiv reichliches Material über alle den Sozialismus betreffenden Dinge in den verschiedensten Sprachen auf.

Dass das sozialistische Archiv als ein Stück finnischen historischen Kulturgutes auch von der heutigen Regierung gewürdigt wird, bewies die Teilnahme des finnischen Unterrichtsministers an der vor einiger Zeit stattgefundenen schlichten Jubiläumsfeier.

Spanien im Belagerungszustand

Geschlagen, aber nicht besiegt

Immer noch gleicht Spanien einer belagerten Festung. Das Militär beherrscht die Lage, die Zensur regiert das öffentliche Leben, und nur schwer gewinnt man selbst bei mehrtägigem Aufenthalt in den einzelnen Provinzen ein Bild von der wirklichen Situation Spaniens im Zeichen der zwar siegreichen, aber offensichtlich nicht sonderlich siegesfrohen Konterrevolution. Schwer drücken die immer noch erst vage geschätzen, sicherlich aber sehr hohen Verluste an Menschenleben während des unerhört erbitterten Kampfes in Asturien auf die Stimmung des ganzen Landes. Dass dieser Kampf einfach aus dem Bewusstsein des spanischen Volkes ausgelöscht werden könne, nimmt man auch im Regierungslager nicht an, und mit bemerkenswertem Freimut berichten die zugelassenen Zeitungen, wie die Delegation der Regierung für Asturien im zerstörten Oviedo von eisigem, feindlichem Schweigen der Bevölkerung empfangen wurde, wie in den Bergarbeiterdistrikten Proklamationen der Generale mit dem Ruf der Menge: **„Wir fordern Gerechtigkeit!"** erwidert wurden. Lerroux, der anscheinend eine mittlere Linie zwischen dem klerikal-faschistischen Kurs des Führers der „Accion popular", Gil Robles, und den faktisch ausgeschiedenen Linksrepublikanern zu realisieren sucht, nannte Oviedo in einem Gespräch mit Journalisten das „Verdun Spaniens". Die Stadt bietet tatsächlich auch den Anblick eines Totenhauses. Man berichtet von über 500 Leichen, die allein aus zusammengeschossenen Häusern geborgen wurden, also Opfer der Beschiessung sind und daher von den Einwohnern auf das Konto des sehr rücksichtslosen Vorgehens der Regierungstruppen gebucht werden. Eine interessante Episode aus den asturischen Kämpfen erzählt die „Pronsa" in Gijon. Nach dem Fall von Oviedo erschien der Bergarbeiterführer Thomas bei dem kommandierenden General Ochoa, um Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten. General Ochoa bewilligte nur eine kurze Frist zur Niederlegung der Waffen, sagte aber die Zurückziehung der farbigen Truppen zu, deren Verwendung auch in bügerlichen Kreisen lebhaften Unwillen erregt hatte. Thomas kehrte nach Sama, dem Hauptquartier der Aufständischen, zurück und hielt dort an das versammelte Volk, wie auch an die sozialistischen Kämpfer eine Ansprache, in der ausführlich die Geschichte des asturischen Aufstandes geschildert wurde. Er legte dar, dass die Bewegung in Madrid und Katalonien niedergeschlagen worden und daher nach dem Fall von Oviedo jeder weitere Widerstand aussichtslos sei. Sollten jedoch die Versammelten anderer Ansicht sein, so werde er, Thomas, selbstverständlich bis zum letzten Blutstropfen mit seinen Kameraden weiterkämpfen. Volk und Truppen aber sahen ein, dass die Volkserhebung niedergeschlagen sei, und nahmen die Vorschläge Thomas' an. Die Regierungstruppen konnten unbehindert Sama besetzen. Sie fanden keine Waffen und keine aufständischen Formationen mehr vor. Die Gefangenen und Geiseln waren zuvor von den Kämpfenden freigelassen worden.

Mit der Besetzung Samas ist das Zentrum des asturischen Bergbaureviers in den Händen der Regierung — allerdings nur militärisch. Die „Pronsa" weist darauf hin, welchen Eindruck die letzte Proklamation der Aufstandsleitung vor der Waffenniederlegung in der Bevölkerung hinterlassen hat. In diesem Aufruf, der von den Arbeitern als eine Art allgemeiner politischer Richtlinie angesehen wird, wurde gesagt, dass die Arbeiter Asturiens zwar geschlagen, aber nicht besiegt seien. Der Kampf zur Niederwerfung des Kapitalismus müsse nunmehr im Dunkeln, dass heisst illegal, weitergeführt werden.

In Katalonien herrscht eine immer noch fühlbare Spannung. Während des Aufstandes haben sich die anarcho-syndikalistischen Organisationen, deren Weisungen — im Gegensatz zu dem von den Sozialdemokraten beherrschten Asturien — die Mehrheit der katalanischen Arbeiter folgt, sozusagen neutral gehalten. In unversöhnlicher Feindschaft zu jeder Form staatlicher Organisation lehnten es die Anarchisten ab, die linksbürgerliche Regionalregierung Kataloniens gegen die Madrider Zentralgewalt zu unterstützen, was die eigenartige Folge hatte, dass in einem sonst stärksten Unruhezentrum Spaniens kein allgemeiner Streik durchgeführt wurde. Nach der Niederlage des Kabinetts Companys scheint man im anarchistischen Lager einen Ausweg aus dieser seltsamen Situation zu suchen, der natürlich nur im terroristischen Kampfe gegen die nunmehr allmächtige Zentralgewalt bestehen kann. Wieweit sich dieser zu entwickeln vermag, ist noch nicht abzusehen. Anscheinend ist eine gewisse Abkehr der anarcho-syndikalistischen Arbeiter von ihrer Organisation nach der schnellen Niederlage festzustellen. Was aus der katalonischen Autonomie wird, ist ebenfalls noch ungewiss. Im katholischen Lager ist man mehr oder minder für den Abbau aller autonomen Rechte: das autonomistische Katalonien war stets antiklerikal und würde sich natürlich auch unter einer anderen Führung als derjenigen Companys schwerlich der „Accion Popular" zuwenden, welche diese Tage in Barcelona eine Ortsgruppe begründet hat.

Was wird überhaupt? Niemand kann es im Grunde sagen. Auch Gil Robles, der unbestrittene Führer im Regierungslager, gibt nur sehr vieldeutige Aufklärungen. Einigen Journalisten gegenüber bemerkte er anlässlich seines Besuches in Barcelona, dass vor allem **eine gründliche Heeresreform vorgenommen** und die **„Auswüchse des Parlamentarismus"** beseitigt werden müssten. Ausserdem müsse unerbittlich gegen die Revolutionäre eingeschritten werden. Doch halte er es für notwendig, dass die einzuleitenden Verfahren nicht vor den Militärgerichten, sondern vor ordentlichen Gerichtshöfen stattfänden, wodurch eine eingehende Prüfung der Verantwortlichkeiten möglich sei.

15 Monate brauner Terror über Danzig

Von **Praeceptor Gedanensis.**

(Fortsetzung)

Die Freien Gewerkschaftler beantworteten die „Gleichschaltung" ihrer Verbände mit der Gründung eines **„Allgemeinen Arbeiterverbandes"**, der aber vom Polizeipräsidenten Danzigs sofort nach Entstehen wieder verboten wurde, da die braune Gesellschaft vor jeder Konkurrenz zitterte, die ihren Plänen hinsichtlich der zwangsweisen Eingliederung aller Werktätigen in die gleichgeschalteten Gewerkschaften hinderlich sein musste. Ein Jahr erst nach dem Verbot, vor jetzt 8 Wochen wurde der Allgemeine Arbeiterverband von den Danziger Gerichten zu Recht bestehend anerkannt, weil die Nazis mit ihrer Gleichschaltung auf einen ungeheuren Widerstand bei den Werktätigen stiessen. Sogar eine ganz minimale Beitragsfestsetzung konnte ihnen keine Mitglieder zuführen. Soweit die Werktätigen nun den gegebenen Arbeitsverhältnissen Rechnung tragend — die Unternehmer waren selbst Werber für die Gleichgeschalteten Gewerkschaftenn — Mitglied sein mussten, waren sie dies nur dem Zwange gehorchend. Die folgenden Beispiele beweisen es:

Die Führer der gleichgeschalteten Gewerkschaften liessen die Massen aufmarschieren, wobei jedes einzige Mitglied anhand von Kontrollmarken auf seine Anwesenheit hin auf den Sammelplätzen gebucht wurde. Sofern sich aber die Kolonnen in Bewegung setzten, zeigte sich der „Aufbruch der Nation" in offener Meuterei und dem Abmarsch zur heimischen Behausung anstatt zur Kundgebung. Da halfen keine Absperrungsmassnahmen, ganze Betriebe und Verbände (Schichau, Baugewerksbund u. s. w.) brachen seitlich aus. Der beste Beweis für den Widerstand der werktätigen Massen bildet die Tatsache, dass seit dem Frühjahr ds. Js. überhaupt keine Versammlungen und Kundgebungen für die Mitglieder der Gewerkschaften mehr angesetzt worden sind, lediglich die kleine Schicht der Ortsgruppen- und höheren Führer der braunen Gewerkschaften halten monatlich einen **Fress und Saufabend** auf Kosten der Beiträge ihrer Zwangsmitgliedschaft ab. Die werktätigen Massen nehmen keinen inneren Anteil an die gleichgeschalteten Gewerkschaften, da sie dieselben als Instrument zur Niederdrückung ihrer Lebenshaltung erkannt haben; denn im Dritten Reich sind die Gewerkschaften die Wegbereiter für die völlige Entrechtung der Werktätigen, müssen es sein, weil vor dem Forum der „Arbeitsfront" (in der Arbeitgeber und Gewerkschaften der Arbeiter eingespannt sind) nur der sittliche Wert des Subjekts anerkannt wird und den bucht im Dritten Reich nur der Dickbauch für sich.

Wie in Wirklichkeit die Meinung der Werktätigen bezüglich der **„Angleichung der Rechte zwischen Kapital und Arbeit" beschaffen ist, beweisst das Steigen der Mitgliedziffer des Allgemeinen Arbeiterverbandes nach Aufhebung des Verbots: 12.000 neue Mitglieder innerhalb 3 Wochen.** Die Zahl würde sich ohne weiteres verdoppeln, wenn eine freie Entscheidung der werktätigen Massen über ihre Zugehörigkeit bestimmend sein könnte. Doch das ist nicht der Fall, weil die Unternehmer in Gemeinschaft mit den von ihnen erwählten „Vertrauensleuten" der Betriebe, jeden anders organisierten Werktätigen sofort entlassen und ein in den braunen Gewerkschaften nicht organisierter Proletarier erhält in Danzig und Deutschland keine Arbeit zugewiesen; denn das Kapital bedarf des gehorsamen Lohnsklaven und Hitler des Kadavergehorsams der deutschen Werktätigen, damit sie stumm für Profit und imperialistische Ziele in den Tod gehen. In Danzig soll sein gehorsamer "Tribun" Forster dies durchführen, aber dieser, in einer geradezu widerlichen Dummheit hat schon alle Töpfe, woraus er seine Weisheit schöpfte, kaputtgeschlagen und jedes politischen Wissens bar, den Widerstand der Massen erst zum Ausbruch gebracht.

Wir sehen dies an einem anderen Beispiel: **Verbot und Lahmlegung der „Volksstimme".** In seltener Einmütigkeit hat die gesamte Linke die Verteidigung dieser Zeitung übernommen.

Die zu der Zeit des Verbots durchgeführte Pressepropaganda des Naziorgans "Vorposten" wurde restlos zurückgeschlagen von den Werktätigen Danzig. Nach ihrem Wiedererscheinen erhöhte sich die Abonentenzahl der „Volksstimme" ganz wesentlich, während der „Vorposten" noch mehr zurückging und die gleichgeschaltete „Landeszeitung" (ehemals Zentrum) und die „Allgemeine" (Deutschnational) vollständig eingingen. Selbst die neuerdings ausgesprochenen Veranstaltungsbeschränkungen der freien Sportvereinigungen werden an dem Freiheitswillen der Werktätigen scheitern, die sich immer mehr von der Gewaltdiktatur der „alleinanständigen Deutschen" losmachen. Ein aufschlussreiches Bild darüber gibt die nachstehende Zeitungsnotiz:

„Der Steinarbeiter", das Mitteilungsblatt der Reichsbetriebsgemeinschaft Stein und Erde in der Arbeitsfront, Nr. 38 vom 22. September 1934, enthält einen interessanten Notschrei aus Danzig. Es heisst darin u. a.:

„Zu meinem Bedauern muss ich feststellen, dass Mitglieder, die eine Anzahl Beiträge geleistet haben, jetzt austreten und fahnenflüchtig werden. Es ist bedauerlich, dass die augenblicklichen Umstände Entlassungen mit sich brachten, dies rechtfertigt jedoch die Massnahme, des Austritts nicht. Die Mitglieder, die ausgetreten sind, schliessen sich von selbst aus der Volksgemeinschaft aus. Ich streite nicht ab, dass im vorigen Jahr durch die unglücklichen Verhältnisse den Kameraden schwere Opfer auferlegt waren, die geben aber um so mehr Veranlassung, zusammenzuhalten und noch vorhandene Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

„Ich weiss, dass einige Arbeitgeber höchst unsozial der Gefolgschaft gegenüber gewesen sind. Um so mehr sollte dies für alle ein Ansporn sein, noch mehr zusammenzuhalten.

„Die Mitglieder, die ausgetreten sind, haben es wohl ein bisschen eilig gehabt. In allernächster Zeit werden auch bei uns in Danzig andere Verhältnisse eintreten und auch unser Beruf andere Lebensbedingungen aufweisen.

„Die Beitragszahlung scheint nach den eingegangenen Beiträgen ins Stocken geraten zu sein.

„Nach Umstellung der Ortsgruppen sollten bis zum 1. September neue Mitgliederlisten aufgestellt und eingerichtet werden. Dies ist bis heute noch nicht geschehen.

„Es kommt immer wieder vor, dass Mitglieder nach dem Haus der Arbeit gehen, und dann unverrichteter Sache wieder nach Haus gehen oder sich an andere Berufsgruppen wenden."

Unterzeichnet ist dieser Notschrei von dem Bezirkswalter Annoff.

Es ist klar, dass die Zersetzungsarbeit in den braunen Organisationen — die Massenflucht ist symptomatisch für alle Naziorganisationen — niemals von den ausserhalb stehenden Werktätigen in so relativ kurzer Zeit hätte bewältigt werden können, wenn nicht innerhalb der Organsationen illegale Kader vorhanden wären, welche die Aufklärung in marxistischen Sinne verwärtstragen. Aus gewissen Gründen mag hier nur die Andeutung genügen, dass sie vorhanden sind und dass von den Führern der Nazis innerhalb ihrer Organisationen heute ein erbitterter Abwehrkampf geführt wird gegen die unfassbare Gewalt der illegalen revolutionären Kampfkader, deren Zeichen Hammer und Sichel ist.

Sage niemand, dass solche Kampfmethoden unzweckmässig oder gar verwerflich sind. Der Kapitalismus und seine braunen Prokuristen bevorzugen in viel raffinierterer Weise die Methoden der Tarnung gegenüber der Klasse der Werktätigen, ohne dass diese es wissen. Im revolutionären Kampf gilt jedes Mittel der Propaganda für den wahren Sozialismus, wird es von selbstlosen Kämpfern gehandhabt. Die da kämpfen, denken an sich selbst, das beweisen die Opfer, die sie in immer steigenderen Masse ihrer Idee bringen. Siegen wird nicht, wer mit Terror arbeitet, sondern siegen wird, wer die stärksten Nerven in diesem Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit einsetzen kann, bis zur letzten Konsequenz. Und da der Glaube an den Sozialismus, wie alle wahren Marxisten ihn sich denken, sich ungeheuren Taten begleitet, **werden naturnotwendig die Marxisten den Kampf gewinnen.**

Es gibt Zeiten einer gewissen Stimmungsdepression, hervorgerufen durch Terror, Verhaftungen und andere Methoden des Klassenfeindes. Aber stets noch wurden sie überwunden, nachdem die ständige Gefahr von den Werktätigen mit als zu überwindender Hindernis in Rechnung gestellt wurde. Immer und überall gibt es Auswege im Hemmnisse zu überwinden; denn die Idee flösst dem Kampfgeist die Stärke zur Ueberwindung ein. Die Tatsachen in Deutschland und Danzig

Der Geldumlauf in Polen

In der dritten Oktoberdekade stieg der Gesamtgeldumlauf in Polen um 89,9 Millionen Zloty auf den Gesamtbetrag von 1 398,7 Millionen Zloty. Der Banknotenumlauf stieg um 61 Millionen auf 1010,1 Millionen Zloty, der Kleingeldumlauf von 359,7 Millionen auf 388,6 Millionen Zloty. Der Geldvorrat vermehrte sich um 800 000 Zloty auf 497,4 Millionen, hingegen verminderte sich der Vorrat an ausländischen Valuten und Devisen um 500 000 Zloty auf 36,4 Millionen Zloty. Die Summe der ausgenützten Kredite der Bank Polski stieg um 51 Millionen auf 744,8 Millionen, wobei das Wechselportefeuille eine Vermehrung um 10,2 Millionen auf 657,6 Millionen Zloty erfuhr. Die Position „andere Aktiva" sank um 1,5 Millionen auf 156,8 Millionen, die Position „andere Passiva" stieg um 0,9 Millionen auf 198,1 Millionen Zloty. Die sofort fälligen Verbindlichkeiten der Bank Polski verminderten sich um 41,1 Millionen Zloty auf 181,5 Millionen Zloty. Die reine Golddeckung der polnischen Banknoten verminderte sich von 46,34 auf 45,57 Prozent und übersteigt die statutarisch festgesetzte Höhe um über 15 Punkte. Während des Monates Oktober stieg der Gesamtgeldumlauf in Polen um 43,9 Millionen Zloty und der Geldvorrat um 2,2 Millionen Zloty.

beweisen es, dass die werktätige Masse über jedes Hemmnis hinweggeht.

Leider zeigen sich aber auch jene Tendenzen, die bei ihrer Fortpflanzung eine unpassierbare Brücke zur Einigkeit der ganzen werktätigen Masse bilden können.

Für Danzig besteht diese Gefahr weit stärker als in Deutschland, wo sie faktisch akut nicht mehr werden kann. Ich meine hiermit die Neigung der SPD in bürgerlichen Kombinationen, als Faktor mit zu gelten. Wenn das Dritte Reich in Trümmer geht, wird die SPD einen grossen Zustrom bürgerlicher Elemente erhalten, die nur ihr eigenes Ich sehen. Das proletarische Element kann sehr leicht an die Wand gedrückt werden und die Folge wird, trotz geänderten Programms der SPD, eine neuerliche Zerreissung der Front der marxistischen Kämpfer sein. Gewiss ist SPD für die Diktatur des Proletariats. Wie aber untrügliche Anzeichen lehren, denkt die SPD diese Diktatur auf bürgerlicher Grundlage im kapitalistischen Staat auszuüben. Ein Zusammenkommen mit den Kommunisten auf dieser Basis ist ausgeschlossen, weil für einen Kommunisten jeder Kompromis mit dem kapitalistischen System undenkbar erscheint, weil sozialistische Wirtschaftsführung nie auf den kapitalistischen Staat übertragen werden kann. Täte man dies dennoch, so würde für die Klasse der Werktätigen neue ungeheure Opfer, neuer Rückschritt bedeuten.

Ob ich nicht doch etwas zu schwarz sehe? Nein; denn in Danzig sind die politischen Voraussetzungen gänzlich andere als in Deutschland.

Es wäre z. B. ganz gut denkbar, dass die SPD in Gemeinschaft mit dem Zentrum über die absolute Mehrheit verfügt. Verlockt dies nicht zu Kombinationen? Man muss bedenken, dass der Machtreiz, auch im kapitalistischen Staat, zu Abenteuern verlockt, weil damit dem Kampf aus dem Wege gegangen wird und einige Annehmlichkeiten winken. Ob sie von Bestand sind, wird in solchen Momenten garnicht erst untersucht; denn das hiesse, sich wiederum mit den schwierig auszudeutenden Problemen des Sozialismus Kopfschmerzen zu bereiten.

Für eine derartige Auffassung von Sozialismus, — und ich hoffe, dass es nur meine Auffassung bleibt — hat die werktätige Klasse Danzigs und Deutschlands nicht die ungeheuren Opfer an Blut, Leben und Freiheit gebracht.

2400 politisch inhaftierte, über 500 Verurteilte. sie mahnen immer wieder:

Räumt aus dem Wege, was uns hindert, den Marsch zum wahren Sozialismus anzutreten!

Die nächsten Monate werden erneut die werktätige Masse Danzigs unter dem Druck des Terrors und der Entscheidung stöhnen lassen. Sie wird aber nur gestählter unter den Peitschenhieben des Dritten Reichs hervorgehen. Jeder Hieb wird stärker **die Sehnsucht nach Freiheit aufflammen lassen. Dann aber werden die Fesseln zerbrochen werden und der Riese Proletariat wird seine Kraft erproben.**

ROTER SPORT

Freie Turner Katowice — PZP. Siemianowice 5:3 (1:2)

Erstmalig standen sich die beiden Vereine gegenüber. Die Siemianowitzer traten in voller Besetzung an und gingen, nachdem sie sich eher zusammen gefunden hatten, mit 0:2 in Führung. Erst nach dem Wechsel kamen die Turner auf und konnten den vorzüglichen repräsentativen Torman Zaja durch placierte oder getäuschte Torwürfe überwinden. Die schlechte Platzbeschaffenheit liess die Mannschaften nicht zur vollen Entfaltung ihres Könnens kommen. Schiedsrichter Gen. Franz (E. T. Katowice).

Die 2. Mannschaft der Freien Turner hatte eine kombinierte Mannschaft der Jugendkraft St. Maria als Gegner. Letztere traten allerdings nicht vollzählig an und mussten demgemäss eine 6:1-Niederlage hinnehmen.

Die Ergebnisse der sonntäglichen Fussballspiele. sind folgende. In der A-Klasse spielten:

RKS. Wolność Katowice III — RKS. W. Hajduki 1:1 (1:1).

RKS. Gwiazda Borki — RKS. Naprzod Szopienice 2:2 (1:1).

RKS. Siła Giszowiec — RKŚ. Naprzod Chorzow 2:3 (2:1).

RKS. TUR Mysłowice — RKS. Przyszłość Domb 4:0 (3:0).

In der **B-Klase** hingegen kamen nur zwei Begegnungen zum Austrag und zwar:

RKS. Siła Łaziska Gorne — DKS. Typografja Katowice 5:3 (4:2).

RKS. Biała Przemsza Jenzor — RKS. Fryzjerski Katowice 4:0 (3:0).

Sonntag, den 11. November spielen laut Tabelle in der A-Klasse:

RKS. TUR Szopienice — RKS. Gwiazda Borki.
RKS. Naprzod Szopienice — RKŚ. Siła Giszowiec.
RKS. Wolność Katowice III — RKS. Przyszłość Domb.
RKS. Wajduki W. — RKŚ. TUR Mysłowice.

B-Klasse:

RKS. Siła Janow — DKS. Typografja Katowice.
RKS. Fryzjerski Katowice — ZZK. Piotrowice.
RKS. Biała Przemsza Jenzor — RKS. Siła Łaziska Gorne.

Kongress des Landesverbandes (ZRSS) in Katowice.

Der Arbeitersportverband hält am 22. u. 23. Dezember d. J. erstmalig seinen Kongress in Schlesien ab. Die Beschickung seitens der Vereine erfolgt streng nach der Anzahl der ausgekauften Legitimationen. Die Tagesordnung und Ausgestaltung des Treffens werden wir noch bekannt geben.

Erstes Treffen der Arbeiter-Wintersportler Polens.

Die Weihnachtsfeiertage über weilen die Wintersportler nach einem Projekt der Touristiksparte in Zakopane. Dortselbst findet die Eröffnung eines Heimes statt. Für die Hin- und Rückreise steht den Teilnehmern die 81-prozentige Fahrpreisermässigung zu. Meldungen sind an das Sekretariat des Sl. RSKO. zu richten.

Bezirksmannschaftsmeisterschaften der Schachler.

Laut Aufruf der Schachsparte haben sich bis zu dem erstmalig genannten Stichtermin nicht alle schachspielenden Vereine gemeldet, weshalb nunmehr als letzter Meldetag der 11. November angesetzt wurde. Am 18. käme dann die erste Runde zum Austrag. Die Tabellen ergehen am 12. resp. 13. d. M. Bisher haben sich gemeldet: ASV. Katowice, I. RKS. Katowice, RKS. Hapoel Katowice, CZG. Mysłowice, ZZK. Tarn.-Gory, ZZK. Piotrowice, ASV. Lipine, ASV. Chorzow II, und ASV. Hajduki W. TUR, und Naprzod Szopienice, sowie Siła Janow und Giszowiec haben ihre Meldeformalitäten nicht erfüllt und werden hiermit dazu aufgefordert. Leider rühren sich die Unterbezirke nicht, in denen auch sehr gute Schachgruppen existieren. Unseres Wissens nach haben die Schwientochlowitzer Naturfreunde auch eine starke Schachgruppe. Aehnlich steht es mit den Siemianowitzer Freien Sportlern, die über eine ganze Anzahl Material verfügen.

Anlässlich des Landeskongresses findet der Schachrückkampf Oberschlesien gegen Danzig statt. Aller Voraussicht nach kommt auch ein Kampf gegen Warschau zum Austrag.

Sowjetrussische Schwerathleten kommen nach Polen.

Nach soeben eingetroffenen Informationen steht der Abschluss eines Kampfvertrages zwischen dem ZRSS. und dem russischen Sportverband vor dem Abschluss, wonach eine russische Kampfmannschaft für mehrere Starts bei den polnischen Arbeitersportlern verpflichtet werden soll. Unter anderm soll auch ein Kampfabend in Katowice stattfinden.

Ein Kommissar für die Reorganisation der Sozialversicherungen

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll zur Durchführung der geplanten Reorganisation des Sozialversicherungswesens, und zwar der Versicherungskammer und der vier Versicherungsanstalten ein Regierungskommissar ernannt werden. Hierfür ist der Vizeminister Jastrzembski in Aussicht genommen, der in letzter Zeit durch seine von allen „Arbeitnehmern so scharf bekämpften Projekte von sich reden machte.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11 — Schriftleitung Johann Kowoll, für den Inhalt und Inserate verantwortlich: Gerhard Pawellek, beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odp. udz., Katowice

Politische Schmocks!

In dem bekannten Schauspiel von Freytag „Die Journalisten" heisst eine der dort handelnden Personen **Schmock**; er sagt von sich in diesem Theaterstück: er könne schreiben **rechts und links**. Also eine äusserst wandlungsfähige Persönlichkeit, von der anscheinend die Schriftleiter und deren Hintermänner der gleichgeschalteten deutschen Presse in Polen abstammen. Es ist noch garnicht so lange her, dass der Block der Minderheiten in Polen — Deutsche, Juden, Ukrainer — als ein wichtiges Mittel galt, sich durch diesen Zusammenschluss im Lande durchzusetzen. Heute ist selbstverständlich der Jude als Nichtarier und der Ukrainer als Bolschewik, nicht mehr bündnisfähig. Auch den Völkerbund in Genf liebte man, nötigenfalls anzurufen, um dort vor einem **internationalen** Forum sich einen Rechtsspruch zu holen. Wenn schon der gewöhnliche Sterbliche bei einem Rechtsstreit die Erfahrung nach Hause nehmen muss, dass es ein absolutes Recht nur selten geben kann, wie darf dann der gewiegte Politiker daran zweifeln wollen, dass ein so verzwicktes Gebilde, wie es „Genf" darstellt, vielfältig verwickelte völkerrechtliche Angelegenheiten aus dem Handgelenk zu lösen imstande sein soll. Trotzdem war eine Berufung an Genf doch so etwas, wie eine **letzte** Möglichkeit. **Heute** erklären die Schmocks, dass diese Möglichkeit infolge der unzeitgemässen, liberalistischen, internationalen Genferweltanschauung nicht mehr in Frage käme. Nur einer der Herren Redakteure, der sich noch einen Schimmer von Charakter bewahrt hat, vermerkt diese „Sperre" mit einem nassen, einem heiterem Auge. — Wir Marxisten haben es bekanntlich immer so gehalten, unsere ständischen proletarischen Interessen zusammen mit unseren polnischen Genossen auf parlamentarischen Boden zu vertreten. Bei völkischen und kulturellen Angelegenheiten uns wiederum den Volksgenossen anzuschliessen. Die völkische Presse überbot und überbietet sich förmlich in gehässigen Angriffen gegen uns, weil wir unsere wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten nicht gleichschalten lassen wollen. Heute ist auf einmal der Weisheit letzter Schluss für ländliche Gemeindewahlen: Fort mit dem demokratischen Wahlunsinn! Es lebe das autoritäre Prinzip! Kuhhandel mit der B.B. — Einheitsliste mit der B.B. Volk Heil! In Pommerellen haben es die Deutschen überhaupt nicht für nötig befunden, sich für die „Wahlen" zur Industrie- und Handelskammer in Gdingen zu interessieren. Trotzdem es in den Städten eine ganze Reihe bedeutender, wichtiger deutscher Unternehmen gibt.

Erfolg: In dieser Wirtschaftsvertretung nicht **ein** deutsches Mitglied. Ueber die allgemeine polnisch-deutsche Verständigung herrscht pflichtschuldigst Freudengeschrei. Sie betrachten die Erreichung dieser eigentlich selbstverständlichen guten nachbarlichen Beziehungen als **ihr eigenes Werk**. Das Völkerverständigung eigentlich echt marxistisches Ideengut ist, wird natürlich, wie so vieles andere, dem Leserkreis vorenthalten. Wenn die Proletarier aller Länder sich vereinigen wollen, so nennt man das nationaler Verrat. Nur gewisse alleinführungsberechtigte Patrioten dürfen solche Bündnisse eingehen. Nach diesen, in die Erscheinung getretenen, Tatsachen und besonders nach der Veröffentlichung der Satzungen der „Deutschen Vereinigung", scheint es, als ob die regierenden völkischen Hintermänner gewisse Geheimabkommen getroffen haben. Der wichtigste Punkt scheint: **Legalisierung** dieser „Deutschen Vereinigung" (sie ist bereits erfolgt) — auf der Grundlage **politischer Entmachtung** und Gleichschaltung. Der Volksgenosse soll sich also mit eigenen Schul-Sport-Wirtschafts-Wohlfahrts-Dingen befassen dürfen, sich aber ansonsten führerprinzipientreu still und bescheiden verhalten. Die Schmocks rufen mit rollendem Pathos die Massen auf, doch schleunigst in diese priviligierte Volksgemeinschaft einzutreten. Die „Jungen", die mehr wollen, als sie können und an verdrängten Komplexen leiden, sind von diesem neu aufgemachten Laden garnicht erbaut.

Bei Einigungsverhandlungen fielen recht heftige Worte: Kabinettspolitik, Geheimdiplomatie, frisierte Umstellung usw. Besonders findet man ein Haar in der Suppe, weil die Totalität der Alleinvertretung von dieser Vereinigung verlangt wird. Denn ein wichtiger Paragraph der Satzungen lautet: nur der kann aufgenommen werden, wer keiner anderen Organisation angehört. D. h. erst Austritt aus der Jungdeutschen Partei — dann Aufnahme. Ueber diese gärende völkische Erneuerung schweigen sich die Schmocks natürlich aus. Es gab mal vor der aufgebrochenen Nation **eine** deutsche Vereinigung, **nicht** marxistische Wühlmäuse und Kritikaster haben ihr den Rest gegeben. Es waren die **eigenen** bezahlten Phrasendrescher.